LANDESBANK BERLIN AG

Nachtrag Nr. 2

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz

vom 2. April 2009

zum Basisprospekt vom 30. Januar 2009

für kreditereignisbezogene Wertpapiere

LBB LandesBank Berlin

Der Basisprospekt vom 30. Januar 2009 wurde am 30. Januar 2009 und der Nachtrag Nr. 1 wurde am 12. März 2009 von der BaFin gebilligt und wurden gemäß § 14 (2) Nr. 3.a) WpPG auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der Landesbank Berlin AG, Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, bereitgehalten. Dieser Nachtrag Nr. 2 vom 2. April 2009 wird ebenfalls auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der o.g. Adresse bereitgehalten.

Dieser Nachtrag sollte zusammen mit dem Basisprospekt vom 30. Januar 2009 und sämtlichen Nachträgen gelesen und aufgefasst werden und, in Bezug auf die jeweilige Emission der Wertpapiere, zusammen mit den relevanten Endgültigen Bedingungen gelesen und aufgefasst werden.

Dieser Nachtrag stellt kein Angebot und keine Aufforderung zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren dar und sollte nicht als Empfehlung der Emittentin zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren verstanden werden. Jeder Empfänger dieses Nachtrags, des Basisprospekts oder irgendwelcher Endgültigen Bedingungen sollte eine eigene Untersuchung und Bewertung der finanziellen und sonstigen Voraussetzungen der Emittentin vornehmen.

Am 31. März 2009 wurde der Konzernabschluss 2008 der Landesbank Berlin AG (IFRS) veröffentlicht. Entsprechend werden die Angaben zur Emittentin in den Abschnitten „Zusammenfassung“, „Risikofaktoren im Hinblick auf die Emittentin“ und „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ aktualisiert. Im Anschluss werden jeweils die Bilanz, die GuV, die Anmerkungen sowie der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers wiedergegeben.

Zusammenfassung

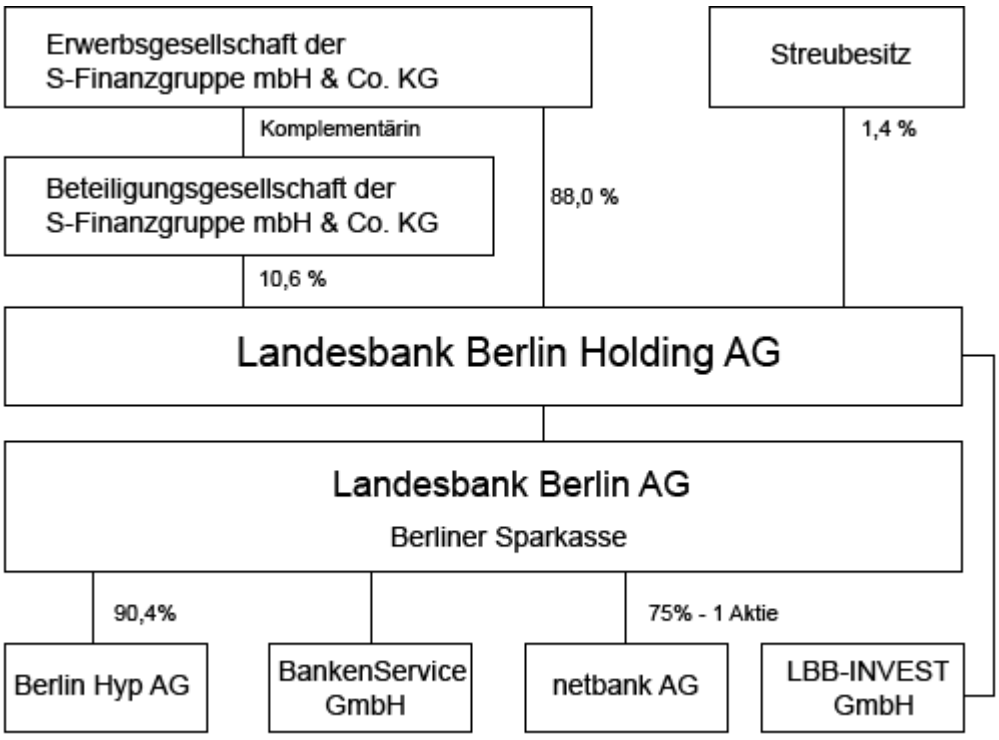
Zusammenfassung der Beschreibung der Emittentin:	Die LBB hat ihren Sitz in Berlin und ist unter der Nummer HRB 99726 B im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften jeder Art und die Durchführung der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte, Finanz- und sonstigen Dienstleistungen aller Art. Die Gesellschaft kann diesen Unternehmensgegenstand selbst oder durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen. Die LBB ist zur Trägerschaft an der Berliner Sparkasse berechtigt und nach Maßgabe einer Beleihung gemäß § 3 Abs. 2, 3 des Berliner Sparkassengesetzes vom 1. Januar 2006 verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Berliner Sparkasse ist gemäß § 3 Abs. 1 des Berliner Sparkassengesetzes eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt. Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie ist mündelsicher und berechtigt, ein Siegel mit ihrem Namen zu führen. Die Berliner Sparkasse betreibt Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Berliner Sparkasse dienen. Sie ist berechtigt, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen auszugeben und kann treuhänderische Aufgaben übernehmen. Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs der Berliner Sparkasse. Der Geschäftsbereich der Berliner Sparkasse ist auf das Land Berlin auszurichten. Sie ist berechtigt, Zweigstellen zu errichten. Die LBB hat gemäß § 3 Abs. 4, 5 des Berliner Sparkassengesetzes die Aufgabe einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und gilt als eigener Sparkassenverband. Sie

kann Mitglied von Vereinigungen von deutschen Sparkassen- und Giroverbänden und Girozentralen sein oder ihnen beitreten. Die LBB steht in ihrer Funktion als Träger der Berliner Sparkasse sowie als Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und Sparkassenverband unter der Aufsicht der Aufsichtsbehörde gemäß § 9 des Berliner Sparkassengesetzes.

Die LBB unterhält eine Niederlassung in London, 1 Crown Court, 66 Cheapside, GB-London EC2V 6JP und über die Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, 30, Boulevard Royal L-2449 Luxemburg, einen Standort in Luxemburg. Sie emittiert Wertpapiere sowohl aus Berlin als auch aus der Landesbank Berlin Niederlassung London.

Wichtigster Markt der LBB ist Deutschland, insbesondere die Bundesländer Berlin und Brandenburg. In der Region Berlin-Brandenburg konnte die LBB ihre Marktposition im Retail-Geschäft festigen.

Gegenwärtige Konzernstruktur
Die LBB ist eine Tochter der Landesbank Berlin Holding AG (die „LBBH"). Die LBBH besitzt 100% der Anteile an der LBB. Die LBBH gehört zu 88% der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (die „Erwerbsgesellschaft"). Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist mit 10,6% der Anteile an der LBBH beteiligt. 1,4% der Anteile befinden sich im Streubesitz.



Vorstand und Aufsichtsrat
Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern mit gleichen Rechten und Pflichten. Über die Bestellung, Abberufung und Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder beschließt der Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) in seiner jeweils gültigen Fassung aus je acht Aufsichtratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen.

Kapitalverhältnisse

Das Gezeichnete Kapital der LBB besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von EUR 1,--. Die Aktien lauten auf den Namen. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf EUR 1.200 Mio. Vorzugsrechte oder Beschränkungen auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der LBB nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt. Alleiniger Aktionär der LBB ist die LBBH.

Zusammenfassung der mit der Emittentin verbundenen Risiken:

Die Emittentin ist allgemein im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Risiken ausgesetzt, deren Realisierung möglicherweise dazu führen kann, dass die Emittentin den Verpflichtungen im Rahmen von Emissionen von Wertpapieren nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann.

Inhaltlich werden in der LBB folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken: (Kreditrisiken, Kontrahentenrisiken, Länderrisiken, Anteilseignerrisiken)
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken, Währungsrisiken, Aktienkursrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken

Adressenausfallrisiken
Die LBB ist in ihrer Geschäftstätigkeit dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der LBB nicht nachkommen können. Obwohl die LBB ihre Kreditengagements und die entsprechenden Sicherheiten regelmäßig nach Kreditnehmern, Ländern und Branchen überprüft, können aufgrund von Ereignissen oder Umständen, die schwierig vorherzusehen oder zu erkennen sind oder die nicht vorhersehen oder erkannt worden sind, Ausfälle eintreten.

Außerdem kann die LBB möglicherweise feststellen, dass eine Sicherheit z. B. als Folge von Marktentwicklungen, die den Wert der betreffenden Sicherheit mindern, zur Abdeckung des betreffenden Kreditengagements nicht ausreicht. Ein Ausfall eines bedeutenden Kreditnehmers der LBB oder der Wertverlust einer Sicherheit könnte eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf den Geschäftsbetrieb der LBB, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben.

Liquiditätsrisiken
Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die LBB ihren derzeitigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen möglicherweise nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann, dass in einer Liquiditätskrise die Refinanzierung nur zu höheren Marktsätzen möglich ist (Refinanzierungsrisiko) oder dass Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Marktpreisrisiken
Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Immobilienrisiken
Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten (inklusive Wertveränderungen) aus dem Portfolio der der LBB direkt oder indirekt zuzuordnenden Immobilien.

Operationelle Risiken
In der LBB wird das operationelle Risiko definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Rechtsrisiken
Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft

(Allbank)
Die Bankgesellschaft Berlin AG (jetzt: LBBH) hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht nunmehr Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin
Der Konzern LBBH ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der LBBH eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 EUR 15 Mio. pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der LBBH als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind. Im Vorfeld des zwischenzeitlich erfolgten und mit Durchführung der am 1. Juni 2007 geschlossenen Abrechnungs- und Vergleichsvereinbarung zum IDL-Kaufvertrag abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin, wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Etwaigen Abwicklungsrisiken, die aus den insbesondere von den Konzernbanken zu beachtenden Regeln der DetV resultieren könnten, wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der Controlling-Gesellschaft des Landes (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Jenen Risiken, die im Konzern LBBH verblieben und der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (GfBI) beziehungsweise der GfBI Immobilien Solutions GmbH (GfBI IS) zugeordnet wurden, insbesondere die Sachverhalte der „Erweiterten Negativliste“ sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen, werden zentral in der GfBI bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht. Im Zusammenhang mit der Übertragung wurden verschiedene gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen vorgenommen. Die einschlägigen Bestimmungen des Aktienrechts bzw. des Umwandlungsrechts gewähren bei derartigen Umstrukturierungen den Gläubigern der betroffenen Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Sicherheitsleistung für ihre bestehenden Forderungen. Entsprechende Ansprüche wurden mittlerweile bei der LBBH, der LBB, der GfBI und der GfBI IS angemeldet. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang von der LBBH Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert, so dass eine Erweiterung der Verpflichtungen der LBBH hierdurch nicht entstehen kann.

Klage einer Fondsgesellschaft
Die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ hat Klage auf Schadensersatz in Höhe von EUR 29,25 Mio. gegen die LBBH, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der LBBH und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die LBBH und die LBB haben der BOB und der IBV – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die LBBH, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die LBBH und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

Risikofaktoren

Risikofaktoren im Hinblick auf die Emittentin

Die Leistungsfähigkeit der Emittentin ist ein wesentlicher Risikofaktor für einen potentiellen Anleger. Daher werden im folgenden Abschnitt die Risikofaktoren beschrieben, die die Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren zu erfüllen, beeinträchtigen könnten. Potentielle Investoren sollten diese Risikofaktoren vor einem Erwerb der Wertpapiere beachten.

Potentielle Wertpapierinhaber sollten alle Informationen, die in diesem Prospekt enthalten sind, beachten und, sofern sie es als notwendig erachten, ihre eigenen fachlichen Berater konsultieren. Zusätzlich sollten potentielle Investoren beachten, dass auch eine Kombination aus mehreren der beschriebenen Risiken eintreten kann und diese sich dadurch gegenseitig verstärken können.

Die ganzheitliche Risikosteuerung der Bank erfolgt durch den Vorstand der LBB. Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben.

Inhaltlich werden in der LBB folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken: (Emittentenrisiken, Kreditrisiken, Kontrahentenrisiken, Länderrisiken, Anteilseignerrisiken)
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken, Währungsrisiken, Aktienkursrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken

Auswirkungen der Finanzkrise

Seit Mitte September 2008 haben sich die Rahmenbedingungen für Kreditinstitute weltweit mit bisher unbekannter Dynamik nachhaltig verschlechtert, so dass umfangreiche Garantie- und Stabilisierungsmaßnahmen der staatlichen Institutionen eingeleitet wurden. Namentlich die Insolvenz von Lehman Brothers führte zur Neubewertung von Ausfallrisiken auch systemrelevanter Adressen, in deren Folge gängige Refinanzierungsquellen versiegten und eine Reihe größerer Marktteilnehmer illiquide wurden. Diesen Marktverwerfungen konnte sich auch die LBB nicht entziehen. Im Umfeld funktionsgestörter Kapitalmärkte konnten Bewertungsverluste (bei strukturierten Produkten, Verbriefungstransaktionen und insbesondere bei Finanzwerten) und Wertberichtigungen nicht verhindert werden.

Adressenausfallrisiken

Die LBB ist in ihrer Geschäftstätigkeit dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der LBB nicht nachkommen können. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner der LBB nicht oder nicht fristgerecht leistet oder die LBB selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist, sowie das Anteilseignerrisiko, das sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko). Entsprechend der Risikostrategie geht die LBB vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik ein. Dagegen führt das Kapitalmarktgeschäft strategiekonform überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im Ausland und den alten Bundesländern. Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

Obwohl die LBB ihre Kreditengagements und die entsprechenden Sicherheiten regelmäßig nach Kreditnehmern, Ländern und Branchen überprüft, können aufgrund von Ereignissen oder Umständen, die schwierig vorherzusehen oder zu erkennen sind oder die noch nicht vorhergesehen oder erkannt worden sind, Ausfälle eintreten.

Außerdem kann die LBB möglicherweise feststellen, dass eine Sicherheit z. B. als Folge von Marktentwicklungen, die den Wert der betreffenden Sicherheit mindern, zur Abdeckung des betreffenden Kreditengagements nicht ausreicht. Ein Ausfall eines bedeutenden Kreditnehmers der LBB könnte eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf den Geschäftsbetrieb der LBB, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben.

Liquiditätsrisiken
Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die LBB zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsbereitschaft). Es unterteilt sich in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In Folge der Finanzmarktkrise hat sich die Situation an den Refinanzierungsmärkten im Jahr 2008 weiter verschärft. Durch reduzierte Investitionen in strategische Anlagen wird die Liquiditätsbereitstellung für den Geschäftsbetrieb und das Halten ausreichender Reserven sichergestellt. Bei dauerhaftem Anhalten der Störungen an den Refinanzierungsmärkten sind auch Einschränkungen im geplanten Neugeschäft mit institutionellen Kunden nicht auszuschließen, um sicherzustellen, dass in der LBB auch auf einen Betrachtungshorizont von einem Jahr ausreichend Liquiditätsreserven vorhanden sind.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der LBB, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt verteilt zu ca. 80% im deutschen Raum.

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 Kreditwesengesetz (KWG) und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt. Die Liquiditätskennziffer der LBB betrug per 31. Dezember 2008 1,64.

Marktpreisrisiken
Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken (insbesondere Credit Spread Risiken) in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar.

Die LBB geht keine wesentlichen Positionen im Währungsbereich ein. Bestehende Kursrisiken stammen überwiegend aus einer barwertigen Inkongruenz zwischen Assets und deren Refinanzierung aufgrund der 2008 beobachteten Preisabschläge in vielen Positionen nach Ausweitung von Credit Spreads, aus Restbeträgen aus Kundengeschäften, aus der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Es liegt für keine Währung ein signifikantes Risiko vor.

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Immobilienrisiken
Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten (inklusive Wertveränderungen) aus dem Portfolio der dem Konzern direkt oder indirekt zuzuordnenden Immobilien.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem VaR-Verfahren gemessen. Das Exposure – aktuelle Buchwerte, Impairment- bzw. Gutachtenwerte – der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immoblilienrisiken berücksichtigt.

Im Berichtsjahr wurden Szenarioanalysen, z. B. Veränderung der Volatilitäten, entwickelt und in das Reporting integriert.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis der eigenständigen Risikoart „Immobilienrisiken“, für die sowohl für den Konzern als auch die strategischen Geschäftsfelder Limite festgelegt worden sind und deren Auslastung turnusmäßig überwacht wird. Das Reporting erfolgt vierteljährlich.

Operationelle Risiken
In der LBB wird das operationelle Risiko definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden von der LBB Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung. Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und –Prozesse resultieren. Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet.

Rechtsrisiken
Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG
Die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, haben natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)
Die Bankgesellschaft Berlin AG (heute: LBBH) hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht nunmehr Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern LBBH ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 EUR 15 Mio. Pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind. Im Vorfeld des zwischenzeitlich erfolgten und mit Durchführung der am 1. Juni 2007 geschlossenen Abrechnungs- und Vergleichsvereinbarung zum IDL-Kaufvertrag abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin, wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Etwaigen Abwicklungsrisiken, die aus den insbesondere von den Konzernbanken zu beachtenden Regeln der DetV resultieren könnten, wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der Controlling-Gesellschaft des Landes (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Jenen Risiken, die im Konzern Landesbank Berlin Holding verblieben und der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (GfBI) beziehungsweise der GfBI Immobilien Solutions GmbH (GfBI IS) zugeordnet wurden, insbesondere die Sachverhalte der „Erweiterten Negativliste“ sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen, werden zentral in der GfBI bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht. Im Zusammenhang mit der Übertragung wurden verschiedene gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen vorgenommen. Die einschlägigen Bestimmungen des Aktienrechts bzw. des Umwandlungsrechts gewähren bei derartigen Umstrukturierungen den Gläubigern der betroffenen Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Sicherheitsleistung für ihre bestehenden Forderungen. Entsprechende Ansprüche wurden mittlerweile bei der Holding, der LBB, der GfBI und der GfBI IS angemeldet. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert, so dass eine Erweiterung der Verpflichtungen des Konzerns hierdurch nicht entstehen kann.

Klage einer Fondsgesellschaft
Die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ hat Klage auf Schadensersatz in Höhe von EUR 29,25 Mio. gegen die LBBH, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die LBBH und die LBB haben der BOB und der IBV – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die LBBH, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die LBBH und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

Sonstige Risiken
Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
Unter strategischem Risiko versteht man das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele in Folge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar. Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und –Prozesse resultieren.

Beschreibung der Landesbank Berlin AG

Gründung, Firma und Sitz

Die Wurzeln der Landesbank Berlin AG gehen auf das Jahr 1818 zurück, als in Berlin die erste öffentliche Sparkasse Preußens (die „Berliner Sparkasse") gegründet wurde. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte im Jahr 1948 nach vorübergehender Einstellung der Geschäftstätigkeit eine institutionelle Trennung in die Sparkasse der Stadt Berlin West und im Ostteil in die Sparkasse der Stadt Berlin. In der Folge der deutschen Wiedervereinigung begann für die Sparkassen in Berlin ein neuer Zeitabschnitt. Am 27. September 1990 wurde das Gesetz über die Errichtung der Landesbank Berlin -Girozentrale- vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen und trat am 1. Oktober 1990 in Kraft. Die Sparkasse der Stadt Berlin West und die Sparkasse der Stadt Berlin wurden daraufhin im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Landesbank Berlin überführt. Seit dem 1. Januar 1994 gehörte die Landesbank Berlin der zu diesem Zeitpunkt neu gegründeten Bankgesellschaft Berlin AG als Tochtergesellschaft an. Aufgrund des „Gesetzes über die Berliner Sparkasse und die Umwandlung der Landesbank Berlin -Girozentrale- in eine Aktiengesellschaft" vom 28. Juni 2005 (Berliner Sparkassengesetz) wurde die Landesbank Berlin am 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft nach deutschen Aktiengesetz umgewandelt. Gleichzeitig hat das Land Berlin die Landesbank Berlin AG mit der Trägerschaft für die öffentlich-rechtliche Berliner Sparkasse beliehen. Die Berliner Sparkasse wird nun als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt. Am 14. Juli 2006 beschloss die Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG die Zusammenführung des Bankgeschäfts der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin AG. Am 29. August 2006 erfolgte die Eintragung der HV-Beschlüsse in das Handelsregister. Damit wurde die neue Konzernstruktur rechtlich wirksam. Die Bankgesellschaft Berlin AG firmiert seit dem Tage der Eintragung unter Landesbank Berlin Holding AG. Im Rahmen des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages zwischen der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG vom 29. Mai 2006 sind die operativen Tätigkeiten der Holding, bis auf wenige Ausnahmen, in der Landesbank Berlin AG gebündelt worden. Dabei wurde nahezu der gesamte Geschäftsbetrieb der Holding im Wege der Gesamtrechtsnachfolge wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen. Die Emittentin ist eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Berlin Holding AG. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der LBB an die LBBH übertragen.

Die Landesbank Berlin AG hat ihren Sitz in Berlin. Die Geschäftsadresse des Unternehmens ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland. Tel. ist +49 30/869 801. Die Landesbank Berlin AG ist unter der Nummer HRB 99726 B im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg eingetragen. Der juristische Name des Unternehmens ist Landesbank Berlin AG, der kommerzielle Name ist Landesbank Berlin AG. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Landesbank Berlin AG unterliegt der Aufsicht und Regulierung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und durch die Deutsche Bundesbank im Einklang mit dem Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (und seinen geänderten Fassungen).

Wichtigster Markt der Landesbank Berlin ist Deutschland, insbesondere die Bundesländer Berlin und Brandenburg. In der Region Berlin-Brandenburg konnte die Landesbank Berlin ihre Marktposition im Retail-Geschäft festigen.

Berlin und Brandenburg bilden mit ca. 6 Millionen Einwohnern und einer Fläche von über 30.000 km² eine gemeinsame Wirtschaftsregion. Berlin ist eine hochverdichtete Metropole mit einem stark wachsenden Dienstleistungsgewerbe, einer dichten und vielseitigen Wissenschaftslandschaft und einem Funktionszuwachs als Bundeshauptstadt. Die Wirtschaftsstruktur Berlins wird von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt. Traditionell stark vertreten sind neben der Elektroindustrie die Sparten Nahrungsmittel, Maschinenbau, Chemie sowie Maschinen- und Fahrzeugbau. Neben Bau und Handwerk, die meist kleinbetrieblich arbeiten, haben auch Handel und Service ein großes Gewicht. Einschließlich Handel, Banken und Versicherungen sowie Verkehr und Nachrichten arbeiten über 50 Prozent der Beschäftigten Berlins im privaten Dienstleistungssektor. In den letzten zehn Jahren sind dort mehr als

100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Ihre Gesamtzahl ist inzwischen auf rund 750.000 angestiegen. Brandenburg ist für mitteleuropäische Verhältnisse ein dünn besiedeltes Flächenland mit einer Reihe von regionalen Entwicklungszentren, einem an Berlin angrenzenden Verflechtungsraum mit einer guten Infrastruktur und beachtlichen Ansätzen in den Branchen Medien/IT und Biotechnologie. Damit bietet Brandenburg hervorragende Standorte für flächenintensive Ansiedlungen. Innovative Wirtschaftszweige und Technologien wie Umwelttechnik, Biotechnologie und Medien-, Informations- und Kommunikationstechnologie haben ihren Platz in Brandenburg gefunden. Traditionell ansässige Branchen wie die Metallindustrie, Luftfahrttechnik und Raumfahrtindustrie, Automotive/Automobilindustrie, Ernährungsindustrie, Chemie, Optik, Film und Holzwirtschaft wurden im Kern erhalten und an den modernen Erfordernissen des globalen Wettbewerbs ausgerichtet.

Sofern Angaben von Seiten Dritter übernommen wurden, wird bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte - keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Die vorstehenden Informationen zu Berlin und Brandenburg sind den Internetseiten www.berlin.de und www.brandenburg.de entnommen.

Geschäftsüberblick

Gegenstand des Unternehmens
Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften jeder Art und die Durchführung der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte, Finanz- und sonstigen Dienstleistungen aller Art. Die Bank kann diesen Geschäftszweck selbst oder durch Tochtergesellschaften und Beteiligungen erreichen. Die Bank kann Zweigstellen unter dem Namen „Berliner Sparkasse“ errichten. Die Landesbank Berlin ist zur Trägerschaft an der Berliner Sparkasse berechtigt und nach Maßgabe einer Beleihung gemäß § 3 (2) und § 3 (3) Berliner Sparkassengesetzes vom 1. Januar 2006 verpflichtet, der Berliner Sparkasse die zur Durchführung und Fortentwicklung des Sparkassengeschäfts erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Berliner Sparkasse ist, gemäß § 3 (1) des Berliner Sparkassengesetzes, eine öffentlich-rechtliche Sparkasse und wird als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt. Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie ist mündelsicher und berechtigt, ein Siegel mit ihrem Namen zu führen. Die Berliner Sparkasse betreibt Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Berliner Sparkasse dienen. Sie ist berechtigt, Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen auszugeben. Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter der Beachtung allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftbetriebs. Der Geschäftsbereich der Berliner Sparkasse ist auf das Land Berlin auszurichten. Sie ist berechtig, Zweigstellen zu errichten.

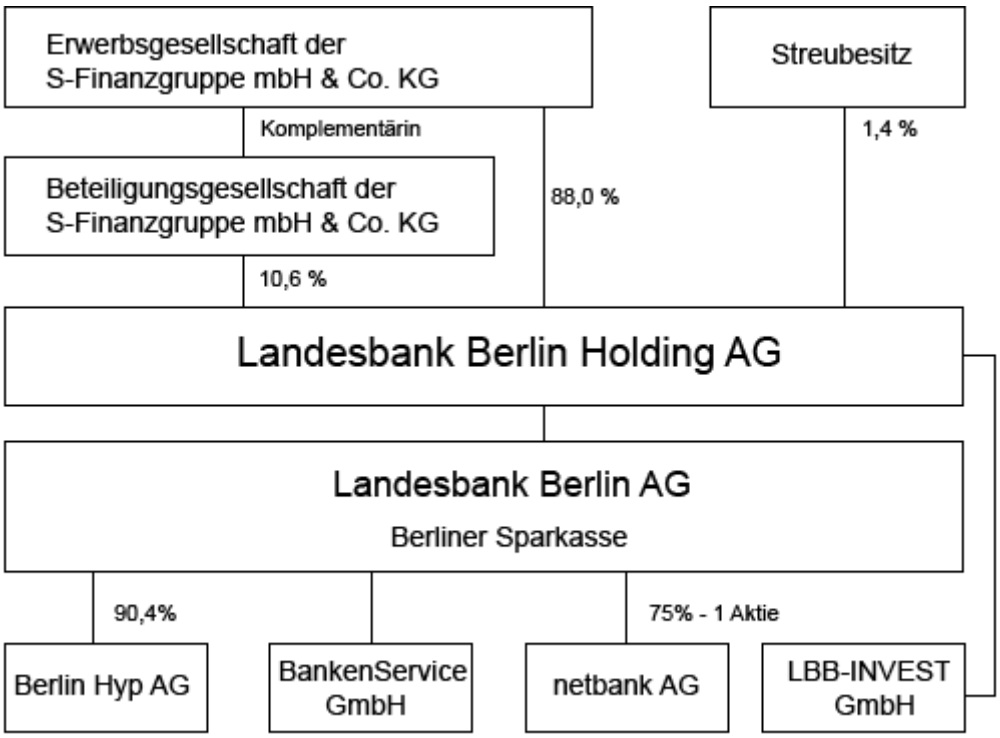
Gemäß § 3 (4) und (5) des Berliner Sparkassengesetzes hat die Landesbank Berlin AG als Träger der Berliner Sparkasse die Aufgabe einer Sparkassenzentralbank (Girozentrale) und gilt als eigener Sparkassenverband. Die Hauptaufgabe der Landesbank Berlin als Sparkassenzentralbank ist die Liquiditätsversorgung der Berliner Sparkasse und die Abwicklung möglicher Kapitalmarktdienstleistungen. Sie kann Mitglied von Vereinigungen von deutschen Sparkassen- und Giroverbänden und Girozentralen sein oder ihnen beitreten. In ihrer Aufgabe als Träger der Berliner Sparkasse und als Landesbank (-Girozentrale-) und Sparkassenverband unterliegt die Landesbank Berlin AG der Aufsicht, gemäß § 9 des Berliner Sparkassengesetzes, unter der Aufsicht der für das Kreditwesen zuständigen Senatsverwaltung.

Organisationsstruktur
Die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist die Muttergesellschaft des Konzerns

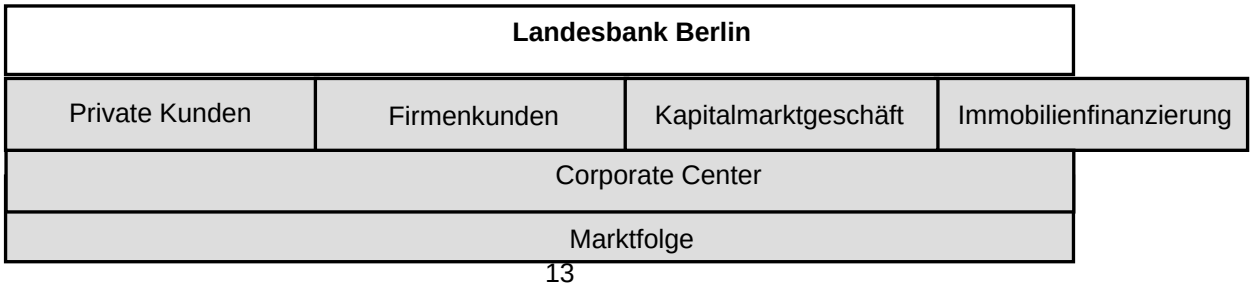
Organisationsstruktur
Die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG). Die LBBH hat ihren Sitz in Berlin. Geschäftsadresse ist Alexanderplatz 2, D-10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland. Die LBBH ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg/Berlin unter der Reg.Nr. HRB 527 B eingetragen.

Die Landesbank Berlin AG ist eine 100%ige Tochter der LBBH. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.

Die LBB hält die wichtigsten strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService GmbH (BankenService) und an der netbank AG (netbank). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der LBB an die LBBH übertragen.



Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge, inklusive der kompletten Bearbeitung des Kreditgeschäfts, ist zu einem großen Teil beim BankenService gebündelt. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.



Die Mitarbeiterkapazität im Konsolidierungskreis des Konzerns lag mit 5.999 am 31. Dezember 2008 leicht über dem Vorjahreswert von 5.965.

Privatkundengeschäft
Das Geschäft mit Privaten Kunden wird am Standort Berlin mit der Marke „Berliner Sparkasse“ betrieben. Die LBB ist dabei in ihrer Kernregion Berlin Marktführer. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Anlageberatung und Vermögensverwaltung, der Konsumentenfinanzierung sowie der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Kreditkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten. Über die Mehrheitsbeteiligung an der netbank ist die LBB zudem im Direktbankgeschäft aktiv.

Firmenkundengeschäft
Das Firmenkundengeschäft umfasst das Geschäft mit Gewerbetreibenden und mittelständischen Unternehmen sowie mit der öffentlichen Hand. Kernmarkt ist die Region Berlin-Brandenburg. Die Kundenbetreuung erfolgt im Markenverbund „Landesbank Berlin“ und „Berliner Sparkasse“. Im Firmenkundensegment werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft klassische Bankdienstleistungen für Gewerbetreibende und für den Mittelstand angeboten. Zudem offeriert die LBB Betriebsmittel- und Investitionskredite sowie weitere Finanzierungslösungen. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch Leistungen für das Auslandsgeschäft, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie durch Beratung und Begleitung bei Unternehmensgründungen und –nachfolgen. Die LBB ist im Gewerbekunden- und im mittelständischen Firmenkundengeschäft Marktführer in der Kernregion.

Kapitalmarktgeschäft
Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft der LBB umfasst die Tätigkeitsbereiche Client Business (Distribution und Production), Treasury & Trading und Internationales Geschäft sowie die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100%ige Beteiligung der LBBH an der LBB-Invest. Client Business konzipiert (Client Production) und vertreibt (Client Distribution) schwerpunktmäßig Aktien-, Zins- und Währungsprodukte. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Investoren. Treasury & Trading steuert die Liquidität und Refinanzierung des Konzerns und generiert Erträge aus Handels- und Investmentstrategien. Das Internationale Geschäft konzentriert sich auf Export Credit Agency-gedeckte und –ungedeckte Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie auf das Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in ausgewählten Regionen. Zum Geschäftsfeld gehören darüber hinaus operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Die Aktivitäten des Geschäftsfeldes Private Kunden am Standort Luxemburg wurden im Geschäftsjahr 2008 an die Landesbank Baden-Württemberg veräußert, so dass sich in Luxemburg nur noch Aktivitäten des Geschäftsfeldes Kapitalmarktgeschäft befinden.

Immobilienfinanzierung
Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches durch die LBB und die Berlin Hyp in enger vertrieblicher und organisatorischer Verbindung betrieben wird. Neben den 2007 gegründeten Auslandsgeschäftsstellen in London, Warschau und Prag wurde 2008 die erfolgreiche Vertriebskoordination in den Niederlanden als eigene Repräsentanz für die Abdeckung des gesamten Benelux-Marktes ausgebaut. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Segment vollständig abgebildet (Ausnahme: Buchwertänderungen aus Derivaten zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos). Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfeldes sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen besondere Stärken des Segments sind. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld unverändert im oberen Mittelfeld der Branche.

Vorstand und Aufsichtsrat
Gemäß der Satzung der Landesbank Berlin AG besteht der Vorstand aus mindestens drei

Personen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Der Vorstand berichtet regelmäßig an den Aufsichtsrat, besonders über die vorgeschlagene Geschäftspolitik und –strategie, die Ertragskraft und das laufende Geschäft der Landesbank Berlin ebenso wie über jede außergewöhnliche Angelegenheit. Aktuell setzt sich der Vorstand aus sechs Personen zusammen.

Vorstand
Die folgende Übersicht zeigt die derzeitigen Mitglieder des Vorstands, die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche und weitere bedeutende Mandate der Vorstandsmitglieder außerhalb der Landesbank Berlin AG.

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender
Unternehmensentwicklung, Personal, Recht, Revision
Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Interseroh AG, Köln

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Serge Demolière

Kapitalmarktgeschäft
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Börse Berlin AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- LBB Finance (Ireland) plc., Dublin
- LBB Reinsurance Ltd., Dublin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg

Dr. Johannes Evers

Privatkunden
Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- Netbank AG, Hamburg

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main

Mitglied des Aufsichtsrats der
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- Visa Europe Limited, London

Mitglied des Verwaltungsrats der
- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg

Hans Jürgen Kulartz	Firmenkunden Mitglied des Aufsichtsrats der - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin - netbank AG Mitglied des Aufsichtsrats der - Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen - Deutsche Sparkassenleasing AG&Co. KG, Bad Homburg v.d.H. - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover - LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin Mitglied des Verwaltungsrats der - DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin
Martin K. Müller	Risiko und Controlling, Kredit, Risikobetreuung, Compliance, Bankenservice GmbH Vorsitzender des Aufsichtsrats der - BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin Mitglied des Aufsichtsrats der - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH
Dr. Thomas Veit	Finanzen, Immobilienfinanzierung, Organisation, Informationstechnologie Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG Mitglied des Aufsichtsrats der - FinanzIT GmbH, Hannover Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover Mitglied des Aufsichtsrats der - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin Mitglied des Aufsichtsrats der - Atos Wordline Processing GmbH, Frankfurt am Main - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien, Berlin

Geschäftsadresse des Vorstands
Die Geschäftsadresse des Vorstands ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Aufsichtsrat
Gemäß Satzung der Landesbank Berlin AG besteht der Aufsichtsrat aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) in seiner jeweils gültigen Fassung aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Hauptzuständigkeit des Aufsichtsrats ist die Beratung des Vorstands und die Kontrolle der Geschäftsführung der Landesbank Berlin.

Momentan setzt sich der Aufsichtsrat aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Heinrich Haasis Vorsitzender	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes
Bärbel Wulff* Stellv. Vorsitzende	Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Gregor Böhmer	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und

	Giroverbandes Hessen-Thüringen
Christina Förster*	Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Artur Grzesiek	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Köln/Bonn
Sascha Händler*	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Jürgen Hilse	Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes
Michael Jänichen*	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Daniel Kasteel*	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen
Astrid Mauer*	Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG, Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Andreas Rohde*	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf*	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

* Arbeitnehmervertreter

Geschäftsadresse des Aufsichtsrats
Die Geschäftsadresse des Aufsichtsrats ist Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, Bundesrepublik Deutschland.

Interessenkonflikte
Aktuell gibt es keine Interessenkonflikte zwischen den Interessen der Landesbank Berlin AG und den Interessen von Mitgliedern des Aufsichtsrats oder des Vorstands.

Hauptanteilseigner
Die Landesbank Berlin AG ist eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Berlin Holding AG.

Finanzinformationen der Landesbank Berlin
Die Erstellung der Finanzinformationen und des Konzernabschlusses für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 erfolgte in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren
Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)
Die Bankgesellschaft Berlin AG (heute: LBBH) hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht nunmehr Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Klage einer Fondsgesellschaft
Die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ hat Klage auf Schadensersatz in Höhe von EUR 29,25 Mio. gegen die LBBH, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der LBBH und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die LBBH und die LBB haben der BOB und der IBV – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die LBBH, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die LBBH und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

Wesentliche Verträge
Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft)
Der Konzern LBBH ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 EUR 15 Mio. Pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind. Im Vorfeld des zwischenzeitlich erfolgten und mit Durchführung der am 1. Juni 2007 geschlossenen Abrechnungs- und Vergleichsvereinbarung zum IDL-Kaufvertrag abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin, wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen.

Aktuelle Entwicklungen und Ausblick
Zu Beginn des Jahres 2009 gehen die meisten Marktteilnehmer nicht von einer schnellen Trendwende bei der weltweiten Krise der Kapital- und Finanzmärkte aus. Die Rücknahme der Leitzinsen gleicht insbesondere bei den kurzfristigen Finanzierungen inzwischen einen wesentlichen Teil der Aufschläge aus, die aus der Zuspitzung der Finanzierungskrise resultieren. Die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft wird jedoch ganz wesentlich von den Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst.

In wichtigen Auslandsmärkten wie den USA, Großbritannien oder Frankreich kommt es ebenfalls zu teilweise tiefgreifenden konjunkturellen Einschnitten, worauf die nationalen Regierungen mit Konjunkturprogrammen teilweise erheblichen Ausmaßes reagieren. Die Auftragsbestände inländischer Hersteller schmelzen rasch, ihre Exportaussichten schwinden dramatisch. Dies wird auch am Arbeitsmarkt zu einer Trendwende führen. Trotz des Kaufkraftrückgewinns im Zuge sinkender Energie- und Nahrungsmittelpreise werden die Privathaushalte im Ausgabeverhalten nach Einschätzung von Experten zurückhaltend bleiben. Stimulierende Maßnahmen der Öffentlichen Hand mildern die Rezession. Insgesamt ist 2009 mit einem signifikanten Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland zu rechnen.

Die Wirtschaft in der Region Berlin-Brandenburg wird sich der schwachen Konjunktur nicht entziehen können. Aufgrund des auch in Mittel- und Osteuropa zu verzeichnenden Konjunktureinbruchs werden Exporterfolge ausbleiben. Als vergleichsweise stabil dürften sich die Wachstumskerne in den Bereichen unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, der Verkehrstechnik sowie der Informations- und Kommunikationstechnik erweisen. In diesen Branchen profitiert Berlin von der Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen. Für positive konjunkturelle Impulse sorgt die Umsetzung großer Bauvorhaben. Ansonsten werden aber Rezessionstendenzen überwiegen, Rückwirkungen aus dem internationalen Umfeld werden sich insbesondere auch im Tourismus ergeben. Dies belastet den Einzelhandel und das Gastgewerbe.

Das Kreditgewerbe wird sich auch in 2009 in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen. Zwar bessern sich die Ertragspotenziale aus der Fristentransformation mit steilerer Zinsstruktur, doch bleiben die Refinanzierungskosten aufgrund des anhaltenden Misstrauens der Marktakteure, insbesondere im langfristigen Bereich, weiterhin mit hohen Liquiditätsaufschlägen belastet. Die schwache Konjunktur wird die Ergebnisse der Finanzinstitute zusätzlich belasten. Die durch die Finanzkrise entstandene Forderung nach höheren Eigenkapitalquoten der Finanzinstitute lässt eine Fortsetzung der Bilanzverkürzungen erwarten. Der ohnehin große Druck zur Konsolidierung am deutschen Bankenmarkt nimmt folglich eher noch zu.

Geschäftliche Ausrichtung
Der Konzern ist unverändert darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen und durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin und Umland, jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte, eine kleinteilige Unternehmensstruktur und einen zwar wieder belebten, aber noch immer schwächer entwickelten Immobilienmarkt. Die inzwischen erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Point-of-Sale-Geschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäftes sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Durch die neue Eigentümerstruktur können sich zusätzliche Marktchancen aus der Zusammenarbeit mit anderen deutschen Sparkassen ergeben.

Entwicklung der Geschäftssegmente
Die neu entwickelten Girokontomodelle, die zum Jahresbeginn 2009 am Markt eingeführt wurden, unterstützen die Aktivitäten zur Kundenbindung und zur Ausweitung der marktführenden Stellung im Regionalgeschäft. Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt. Mit der Intensivierung der Kundenbeziehungen und dem weiteren Wachstum des Geschäftsvolumens sollen entsprechende Ertragssteigerungen einhergehen. Im überregionalen Geschäft stärkt die 2008 erworbene Absatzfinanzierung unter der Marke „LBB Finanzkauf“ das Konsumentenkreditgeschäft, führt aufgrund von Integrationsmaßnahmen allerdings zu einer vorübergehenden Ergebnisbelastung. Im überregionalen Geschäft sollen weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird weiter ausgebaut.

Die LBB will auch in Zukunft für die Gewerbekunden und mittelständischen Unternehmen im Kernmarkt Berlin-Brandenburg die kundennahe, kompetente Regionalbank mit einem umfassenden Finanzdienstleistungsangebot sein. Strategisches Ziel bleibt die Festigung der starken Marktposition, verbunden mit einer weiteren Stärkung der Ertragsbasis.

Dieses Ziel soll durch Maßnahmen zur Stärkung der Kundenbindung, die Erweiterung der Potenzialausschöpfung bei bestehenden Kundenverbindungen und die Akquisition von Neukunden erreicht werden. Ohne die strenge ertrags- und risikoorientierte Geschäftspolitik aufzugeben, sollen durch die marktgerechte Produkt- und Serviceangebote das Aktivgeschäft und das provisionstragende Dienstleistungsgeschäft weiter ausgebaut werden.

Im Bereich Client Business wird eine Intensivierung der Geschäftsbeziehungen zu den Sparkassen und anderen Unternehmen der Sparkassenorganisation erwartet. Hier sollten die gemeinsamen Gespräche und Aktivitäten des Jahres 2008 erste positive Effekte zeigen. Infolge der öffentlichen Diskussion über Risiken und Nutzen von Zertifikaten wird künftig die Konzeption von strukturierten Anlageprodukten in anderen Rechtsmänteln relevant. Die LBB wird hierzu die entsprechenden Angebote für ihre Kunden bereitstellen.

Die Positionierung der LBB-INVEST als Nischenanbieter („Boutique“) wird weiter vorangetrieben. Innerhalb der Sparkassenorganisation wird eine Etablierung der LBB-INVEST als Anbieter von Speziallösungen neben dem großen Standardangebot der Deka als führender Fondsgesellschaft der Sparkassen angestrebt. Die LBB erwartet 2009 eine Erholung des Fondsvolumens nach den marktbedingten Rückgängen im Jahr 2008.

Das Internationale Geschäft wird in der bisherigen Zielregion Zentral- und Osteuropa mit unverändertem Schwerpunkt in Handels- und Exportfinanzierungen und mit besonderem Augenmerk auf die Länderrisiken der Zielregion fortgeführt. Auch hier sind spezielle Aktivitäten für und mit Sparkassen bereits in Umsetzung.

In Treasury & Trading wird die in Vorjahren eingeleitete Reduzierung der Bedeutung kurzfristiger Handelsstrategien fortgesetzt, jedoch werden diese Handelsaktivitäten auch weiterhin die Palette der Anlagestrategien gezielt im kurzfristigen Bereich ergänzen. Anlage- und Handelsstrategien werden stärker differenziert ausgesetzt und reportet werden, aber unverändert einen übergreifenden Risikomanagement unterliegen. Die Ergebnisentwicklung und auch die Ergebnisvolatilität werden allerdings von der weiteren Entwicklung der Finanzmärkte in 2009 abhängen. Die Risikopositionen sollten als Reaktion auf das Marktumfeld stagnieren oder sogar leicht rückläufig sein.

Die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bleibt unverändert auf bundesweite Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen ausgerichtet. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen mit dem Ziel einer ausgewogenen Durchmischung und breiteren Risikostreuung des Portfolios.

Soll / Ist-Vergleich
Das operative Ergebnis des Konzerns im Jahr 2008 ist deutlich hinter der ursprünglichen Planung zurückgeblieben. Die Finanzmarktkrise ist dafür ausschlaggebend, dass im Kapitalmarktgeschäft die Ergebnisse trotz einer besseren Entwicklung im zweiten Quartal 2008 die Planung verfehlten. Dies konnten die anderen Segmente trotz einer zum Teil deutlich über Plan liegenden Entwicklung nicht ausgleichen.

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

	Notes	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 [1] Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss	21	1.246	804	442	55
Zinserträge		6.919	6.210	709	11
Zinsaufw endungen		5.673	5.406	267	5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	63	-68	131	> 100
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.183	872	311	36
Provisionsüberschuss	23	302	297	5	2
Provisionserträge		439	429	10	2
Provisionsaufw endungen		137	132	5	4
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	-18	3	-21	< -100
Ergebnis aus erfolgsw irksam zum Zeitw ert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	-344	-45	-299	< -100
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-308	-4	-304	< -100
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bew erteten Anteilen	27	-18	12	-30	< -100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	242	96	146	> 100
Verw altungsaufw endungen	29	937	959	-22	-2
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung		**102**	**272**	**-170**	**-62**
Saldo aus Restrukturierungsaufw endungen und -erträgen	30	12	6	6	100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern		**114**	**278**	**-164**	**-59**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31	-23	105	-128	< -100
Ergebnis nach Steuern		**137**	**173**	**-36**	**-21**
Erträge aus Verlustübernahmen		39	0	39	x
Abgeführte Gew inne		0	50	-50	-100
Konzernüberschuss		**176**	**123**	**53**	**43**
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gew inne / Verluste		15	19	-4	-21
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		161	104	57	55

1) Vorjahreszahlen angepasst

Ergebnis je Aktie

	Notes	1.1. - 31.12.2008	1.1. - 31.12.2007 [1]	Veränderung	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	32	161	104	57	55
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	32	1.200.000.000	1.200.000.000	0	0
Gew inn je Aktie (€) [2]		**0,13**	**0,09**	**0,04**	**44**

1) Vorjahreszahlen angepasst
2) verw ässertes = unverw ässertes Ergebnis

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2008

Aktiva	Notes	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 [1] Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
Barreserve	8, 33	1.727	986	741	75
Forderungen an Kreditinstitute	7, 34	22.333	26.514	-4.181	-16
Forderungen an Kunden	7, 35	47.493	47.026	467	1
Risikovorsorge	7, 36	-1.245	-1.411	166	12
Positive Marktw erte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 37	749	397	352	89
Erfolgsw irksam zum Zeitw ert bilanzierte finanzielle Vermögensw erte	7, 38	18.228	13.637	4.591	34
Finanzanlagen	7, 39	50.436	50.696	-260	-1
Nach der Equity-Methode bew ertete Anteile	9, 40	192	129	63	49
Immaterielle Vermögensw erte	10, 12, 41	78	117	-39	-33
Sachanlagen	11, 12, 42	578	583	-5	-1
Investment Properties	14, 43	65	82	-17	-21
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	17, 44	20	18	2	11
Latente Ertragsteueransprüche	17, 44	273	208	65	31
Sonstige Aktiva	45	3.221	1.913	1.308	68
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögensw erte und Abgangsgruppen	15, 46	71	66	5	8
Gesamt		**144.219**	**140.961**	**3.258**	**2**

1) Vorjahreszahlen angepasst

Passiva	Notes	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 [1] Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7, 47	45.950	50.686	-4.736	-9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7, 48	32.783	29.673	3.110	10
Verbriefte Verbindlichkeiten	7, 49	29.826	30.517	-691	-2
Negative Marktw erte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 50	1.340	985	355	36
Erfolgsw irksam zum Zeitw ert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	7, 51	27.101	21.893	5.208	24
Rückstellungen	16, 52	1.147	1.259	-112	-9
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	29	56	-27	-48
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	5	5	0	0
Sonstige Passiva	54	1.902	1.014	888	88
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	55	83	1	82	> 100
Nachrangkapital	18, 56	3.137	3.163	-26	-1
davon: Stille Einlagen		687	700	-13	-2
Eigenkapital	19, 57	916	1.709	-793	-46
Gezeichnetes Kapital	19, 57	1.200	1.200	0	0
Kapitalrücklage	19, 57	929	930	-1	0
Gew innrücklagen	19, 57	-451	-605	154	25
Neubew ertungsrücklagen	19, 57	-813	-230	-583	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	19, 57	-9	-2	-7	< -100
Anteile im Fremdbesitz	19, 57	60	416	-356	-86
Gesamt		**144.219**	**140.961**	**3.258**	**2**

1) Vorjahreszahlen angepasst

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neu-bewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigen-kapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2006	**1.200**	**530**	**-798**	**1**	**175**	**97**	**0**	**1.205**
Veränderung Kapitalrücklage		400						400
Konzernjahresüberschuss						19	89	108
Erfasste Erträge und Aufwendungen			97		-394			-297
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			73	-3	-11	300 [1)]	-89 [2)]	270
Eigenkapital zum 31.12.2007	**1.200**	**930**	**-628**	**-2**	**-230**	**416**	**0**	**1.686**

1) darunter 187 Mio. € aus Erstkonsolidierung Albatros Select Fund und 68 Mio. € aus Erstkonsolidierung Keppler Global Value
2) Umgliederung in die Gewinnrücklagen (vgl. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze)

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neu-bewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigen-kapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2007	**1.200**	**930**	**-628**	**-2**	**-230**	**416**	**0**	**1.686**
Anpassungen gemäß IAS 8			23					23
Eigenkapital zum 31.12.2007 angepasst	**1.200**	**930**	**-605**	**-2**	**-230**	**416**	**0**	**1.709**
Konzernjahresüberschuss						15	161	176
Erfasste Erträge und Aufwendungen			27	-7	-583			-563
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen		-1	127			-371 [3)]	-161 [2)]	-406
Eigenkapital zum 31.12.2008	**1.200**	**929**	**-451**	**-9**	**-813**	**60**	**0**	**916**

2) Umgliederung in die Gewinnrücklagen (vgl. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze)
3) darunter aus Entkonsolidierungen -188 Mio. € Albatros Select Fund, -68 Mio. € Keppler Global Value, -121 Mio. € Lingohr Alpha

Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen

Die direkt im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen umfassen die Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus Marktbewertung der Available-for-Sale-Papiere mit -479 Mio. € und Cashflow-Hedge-Veränderungen in Höhe von -135 Mio. €, Veränderungen der Gewinnrücklagen aufgrund der Neubewertung der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 29 Mio. € sowie Veränderungen der Rücklage aus Währungsumrechnung in Höhe von -7 Mio. €. Die latenten Steuern auf direkt mit dem Eigenkapital verrechnete Wertänderungen betragen 29 Mio. €, so dass sich saldiert eine Minderung des Eigenkapitals um 563 Mio. € ergibt.

Unter Berücksichtigung des Konzernjahresüberschusses ergibt sich ein Gesamtwert gemäß IAS 1.96 für das Geschäftsjahr in Höhe von -387 Mio. €; davon entfallen auf Anteilseigner des Mutterunternehmens -399 Mio. € und auf konzernfremde Gesellschafter 12 Mio. €.

Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

in Mio. €	2008	2007 [1)]
Konzernjahresüberschuss	**176**	**123**
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	419	22
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	43	85
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	513	-20
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-132	-34
Zinsüberschuss	-1.246	-804
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	-594	193
Zwischensumme	**-821**	**-435**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	4.081	1.895
Forderungen an Kunden	-656	3.478
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	-5.779	1.103
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.323	247
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit	-10.967	-20.095
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit	11.297	12.829
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-4.654	1.232
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.157	739
Verbriefte Verbindlichkeiten	-709	-1.895
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	5.105	645
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	977	-891
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.986	6.228
Gezahlte Zinsen	-5.873	-5.394
Ertragsteuerzahlungen	-37	-34
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	**784**	**-348**
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	87	96
Sachanlagen	33	5
Immateriellen Vermögenswerten	1	1
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	-23	-4
Sachanlagen	-34	-23
Immateriellen Vermögenswerten	-14	-16
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenden Zahlungsmittelbestands	0	57
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenden Zahlungsmittelbestands	0	-16
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**50**	**100**
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0	400
Dividendenzahlungen	0	0
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	170	40
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	-263	-161
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-93**	**279**
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Periode	**986**	**955**
Cashflow aus operativer Tätigkeit	784	-348
Cashflow aus Investitionstätigkeit	50	100
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-93	279
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	**1.727**	**986**

1) Vorjahreszahlen angepasst

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Allgemeine Angaben (Notes)

1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin AG (im Folgenden „LBB“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die LBB ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der börsennotierten und berichtspflichtigen Landesbank Berlin Holding AG (Holding). Infolge des Erwerbs der Holding durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH &. Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) formierte sich im Jahr 2007 die Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, als oberste Konzerngesellschaft.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der LBB für das Geschäftsjahr 2008 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2008 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Eine Übersicht aller angewandten Standards ist in der nachfolgenden Note enthalten.

Des Weiteren erstellt und veröffentlicht die LBB einen Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB. Auch hierbei wurden zusätzlich die relevanten DRS berücksichtigt.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen kann es in Einzelfällen zu geringfügigen Abweichungen bei der Addition kommen.

2 Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern grundsätzlich alle gültigen und zum Stichtag verpflichtend anzuwendenden Standards. Der Konzernabschluss 2008 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und den folgenden relevanten IAS/IFRS:

Norm	Titel	Stand/letzte Änderung	Tag der Erst-anwendung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses	rev. 2003 / 18.8.2005	1.1.2007
IAS 7	Kapitalflussrechnungen	rev. 1992	1.1.1994
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	rev. 2003	1.1.2005
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	rev. 2003	1.1.2005
IAS 12	Ertragsteuern	rev. 2000	1.1.2001
IAS 14	Segmentberichterstattung	rev. 1997	1.7.1998
IAS 16	Sachanlagen	rev. 2003	1.1.2005
IAS 17	Leasingverhältnisse	rev. 2003	1.1.2005
IAS 18	Erträge	rev. 1993 / Dez. 1998	1.1.2001
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer	rev. 2002 / 16.12.2004	1.1.2005
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	rev. 2003 / 15.12.2005	1.1.2006
IAS 23	Fremdkapitalkosten	rev. 1993	1.1.1995
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	rev. 2003	1.1.2005
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	rev. 2003	1.1.2005
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen	rev. 2003	1.1.2005
IAS 31	Anteile an Joint Ventures	rev. 2003	1.1.2005
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung	rev. 2003 / 18.8.2005	1.1.2007
IAS 33	Ergebnis je Aktie	rev. 2003	1.1.2005
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten	rev. 2004	31.3.2004
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	1998	1.7.1999
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte	rev. 2004	31.3.2004
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	rev. 2004 / 13.10.2008	1.1.2006 / 1.7.2008
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	rev. 2003	1.1.2005

IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse	rev. 2004	31.3.2004
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	2004	1.1.2005
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben	18.8.2005/ 13.10.2008	1.1.2007 / 1.7.2008

Die Standards IAS 2, 11, 20, 26, 29, 34, und 41 sowie IFRS 1, 2, 4, 6 waren für den Konzern nicht einschlägig und wurden daher im Konzernabschluss nicht angewendet. IAS 1 (rev. 2007), IFRS 3 (rev. 2008) sowie IFRS 8 waren noch nicht verpflichtend anzuwenden. Deren künftige Anwendung ab dem Geschäftsjahr 2009 wird keine materiellen Auswirkungen haben.

Neben den aufgeführten Standards werden im Konzernabschluss die folgenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Commitee (IFRIC) und Standing Interpretations Commitee (SIC) beachtet:

Norm	Titel	Bezug	Stand	Tag der Erstanwendung
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	IAS 27	1998	1.7.1999
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen	IAS 17	1998	1.1.1999
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten	IAS 12	1999	15.7.2000
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner	IAS 12	1999	15.7.2000
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen	IAS 1, 17, 18	2000	31.12.2001
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	IAS 17	2.12.2004	1.1.2006
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	IAS 39	1.3.2006	1.6.2006
IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderungen	IAS 34, 36, 39	2.6.2007	1.11.2006
IFRIC 13	Kundenbetreuungsprogramme	IAS 8, 18, 37	28.6.2007	1.7.2008

Die Interpretationen SIC-7, 10, 13, 29, 31 und 32 beziehungsweise IFRIC 1, 2, 5-8, 11, 12 und 14-17 waren für den Konzern nicht einschlägig bzw. noch nicht anzuwenden und wurden daher im Konzernabschluss nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die folgenden vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2008 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet:

DRS 2	Kapitalflussrechnung
DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3	Segmentberichterstattung
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten
DRS 5	Risikoberichterstattung
DRS 5-10	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten
DRS 15	Lageberichterstattung
DRS 15a	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht
DRS 17	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder

3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundsätze

Der Konzernabschluss 2008 der LBB steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu beeinflussen. Details hierzu einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) ausgeführt.

Aufgrund der vorliegenden extremen Marktsituation, die wesentlich durch nicht aktive Märkte gekennzeichnet ist, war es seit Mitte des Geschäftsjahres 2008 bei zahlreichen Finanzinstrumenten faktisch unmöglich, den Fair Value aufgrund von notierten Preisen bzw. anhand

von Schätzungen auf Basis von jüngsten Transaktionen oder aktuell verfügbaren Marktkursen ähnlicher Finanzinstrumente zu ermitteln. Zur Ermittlung des Fair Value für diese Finanzinstrumente konnte nicht mehr auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73).

Der Fair Value-Bewertungshierarchie des IAS 39 folgend, musste in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen werden (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Die der Bewertung dieser Finanzinstrumente zugrunde liegenden angemessenen Bewertungsmodelle und deren Parametrisierung führen zu einer realistischeren Berechnung des Fair Values.

Die Bewertungsmethoden berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu beeinflussen. Bei den vorliegenden nicht aktiven Märkten erfolgt die Berechnung auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategoriespreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrumentspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps oder eigene Einschätzungen heran gezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Die durch die Modifizierung des IAS 39.50 (Oktober 2008) möglich gewordene Umgliederung von Finanzinstrumenten wurde seit dem 1. Oktober 2008 erfolgsneutral in Anspruch genommen. Details hierzu finden sich ebenfalls in den sonstigen Erläuterungen (Note 62).

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden. Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von

Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Währungsumrechnung

In den Abschlüssen der Gesellschaften werden Zahlungen in fremder Währung mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Ersterfassung umgerechnet. Kursgewinne und -verluste aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Kursgewinne und -verluste aus nicht monetären Posten werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für die meisten ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Umrechungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2007 grundsätzlich – mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Änderungen – beibehalten.

Seit dem Geschäftsjahr 2008 werden Finanzinstrumente auch in die Kategorie Held-to-Maturity eingeordnet. Hierbei wurde nur Neugeschäft berücksichtigt.

Der Ausweis des Bilanzgewinns in der „Entwicklung des Eigenkapitals“ stellt den Konzerngewinn dar, der nach IFRS-Vorschriften ermittelt wurde. Seit 2007 erfolgt keine Anpassung auf den nach HGB-Vorschriften ermittelten Bilanzgewinn. Das erwirtschaftete und nicht ausgeschüttete Ergebnis des Konzerns wird den Gewinnrücklagen zugewiesen, da der Konzernabschluss keine Bestimmung der Ausschüttung vornimmt. Die Vorjahresvergleichszahlen wurden entsprechend angepasst.

Durch die Optimierung von Prozessabläufen in der Kreditbearbeitung sowie die Implementierung weiterer Maßnahmen zur Risikofrüherkennung im Strategischen Geschäftsfeld Privatkunden wurde der Zeitraum zwischen Eintreten eines Verlustereignisses und der Identifikation des Verlustes (Loss Identification Period – LIP) durch die Bank verkürzt. Im Ergebnis dieser Maßnahmen wurde der bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung verwendete LIP-Faktor für dieses Teilportfolio angepasst.

Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2008 wurden Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2007 vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung dieser Anpassungen sowie ihrer betragsmäßigen Auswirkungen findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 58) dieses Berichts.

4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der LBB wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden.

33 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 10 assoziierte Unternehmen und 6 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden Wertkriterien wie die Bilanzsumme, das Eigenkapital und der Jahresüberschuss des Konzerns sowohl auf Ebene der Einzelgesellschaften als auch in Summe betrachtet und ausgewertet.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 67) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften (SPV) unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft u.a. auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Erwerbe von Minderheitenanteilen werden genauso abgebildet (Modified Parent Company Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.24 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2008 aufgestellt. Fonds und SPVs, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2008 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available-for-Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Beteilungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

5 Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2008 sind neben der Landesbank Berlin AG 100 Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden. Dieser Kreis von Unternehmen stellt den Konsolidierungskreis dar und ist aus der Anteilsbesitzliste ersichtlich. Die Veränderungen im Konsolidierungskreis stellen sich im Geschäftsjahr 2008 wie folgt dar:

	31.12.2007	Zugänge	Abgänge	31.12.2008
Tochterunternehmen	23	1	5	19
SIC-12-Gesellschaften				
Spezialfonds	13	1	3	11
Dotationsbestand Publikumsfonds	4	3	7	0
weitere SIC-12-Gesellschaften	69	3	2	70
Gesamt	**109**	**8**	**17**	**100**

Unternehmenserwerbe und -zusammenschlüsse

Erwerb der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG

Die Landesbank Berlin AG erwarb mit wirtschaftlicher Wirkung zum 2. Januar 2008 ein Portfolio von Konsumentenkrediten sowie Kreditkartenforderungen und -verbindlichkeiten. Das Portfolio wurde dabei von der Verkäuferin nach § 123 UmwG auf die Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG ausgegliedert, deren einzigen Kommanditanteil die LBB AG zu diesem Stichtag erwarb. Nach Eintragung der Ausgliederung in das Handelsregister und Austritt der Komplementärin aus der Gesellschaft wuchs das Geschäft der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG am 2. Juni 2008 der LBB AG an. Zu diesem Zeitpunkt erlangte die LBB AG die Verfügungsmacht über die erworbenen Bestände.

Durch den Unternehmenszusammenschluss wurden folgende Vermögenswerte und Schulden erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen:

in Mio. €	Buchwert zum Zeitpunkt der Einbeziehung
Forderungen Kreditinstitute	2
Forderungen Kunden, sonstige Vermögenswerte	581
Verbindlichkeiten Kunden und Rückstellungen	40
Passive Rechnungsabgrenzung	2
Erworbenes Nettovermögen	541

Da die Einbringung der Forderungen und Verbindlichkeiten in die Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG zu Marktwerten erfolgt ist, entsprechen die Buchwerte im wesentlichen den beizulegenden Zeitwerten, mit denen die Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG gemäß IFRS 3.61 im Rahmen der erstmaligen Bilanzierung einbezogen wurde.

Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden zu den beizulegenden Zeitwerten erfolgte im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3.

in Mio. €	2.6.2008
Kaufpreis	540
Anschaffungsnebenkosten	0
Anschaffungskosten gesamt	540
abzgl. zum beizulegenden Zeitwert bewertetes anteiliges Nettovermögen	541
Firmenwert	-1

Der negative Firmenwert repräsentiert wirtschaftlich das seit dem 2. Januar 2008 aufgelaufene Ergebnis der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG. Dieser wurde erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst. Der Kaufpreis wurde vollständig mit Zahlungsmitteln beglichen.

Die Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG hat vom 2. Januar 2008 bis zum Erwerbszeitpunkt nach lokaler Rechnungslegung (HGB) ein Ergebnis nach Steuern von 1,3 Mio. € erzielt. Dieser Betrag steht der LBB AG nach den vertraglichen Vereinbarungen bereits in voller Höhe zu und ist damit in voller Höhe im Konzernabschluss enthalten. Die Angabe von Umsätzen sowie Gewinnen und Verlusten für den Konzern unter der Annahme, dass der Erwerb zu Beginn der Berichtsperiode stattgefunden hat, ist aufgrund der alleinigen Rechnungslegung der Bianca Vermögensverwaltung AG & Co. KG nach HGB nicht möglich.

Sonstige Zugänge zum Konsolidierungskreis

Seit dem 31. Dezember 2007 wurden folgende Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:

Zugänge	
FlexBond-Plus-INVEST, Berlin	Durch Rücknahme von Anteilen ist der relative Anteil der Bank wieder über 50% gestiegen
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg	Neugründung wegen Sitzverlegung der LBB Reinsurance Ltd., Dublin nach Luxemburg
LBB-nb 08-Fonds, Berlin	Neuauflage durch die netbank Aktiengesellschaft, Hamburg
RR II R-11305, City of Wilmington / Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option Programms
RR II R-11308, City of Wilmington / Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option Programms
RR II R-11310, City of Wilmington / Delaware	Neugründung im Rahmen des Tender Option Programms
Private Banking FlexBond, Berlin	Neuauflage eines Publikumsfonds durch die LBB-INVEST, Berlin
VermögensStruktur Chance / Inhaber-Anteile, Berlin	Neuauflage eines Publikumsfonds durch die LBB-INVEST, Berlin

Im dritten Quartal wurde der Spezialfonds GSIM Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main, umbenannt in GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf; gleichzeitig hat der Verwalter des Fondsvermögens gewechselt.

Unternehmensveräußerungen und sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis

Abgänge	
Albatros Select Fund, Luxemburg	Auflösung
BG-Asset-Fonds, Berlin	Durch die Veräußerung der Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ist auch dieser Spezialfonds auf die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin übergegangen.
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking	Beendigung der Gesellschaft
Check Point Charlie Inc., London	Übernahme des operativen Geschäftes der Check Point Charlie Inc., London durch die Check Point Charlie Ltd., London
ConvertibleBond-INVEST, Berlin	kein Bestand mehr an diesem Fonds

FlexBond-Plus-INVEST, Berlin	Durch die Veräußerung der Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin an die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin wird dieser Publikumsfonds nicht mehr beherrscht und somit at Equity in den Konzernabschluss einbezogen.
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Immobilienleasing KG, München	Nach Veräußerung des wesentlichen Vermögensgegenstands wurde der Geschäftsbetrieb eingestellt.
Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin	Durch die Veräußerung der Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin an die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin wird dieser Publikumsfonds nicht mehr beherrscht und somit at Equity in den Konzernabschluss einbezogen.
Keppler-Global Value-LBB-INVEST, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 50 % und somit Bewertung nach der Equity-Methode
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin	Veräußerung der 100 %igen Beteiligung an die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin
LBB Reinsurance Ltd. I.L., Dublin	Die Geschäftsaktivitäten wurden auf die LBB Re Luxemburg S.A., Luxemburg, übertragen.
LBB-Spezialsituationen-Fonds, Berlin	Auflösung
LBB-TopPick-Fonds, Berlin	Auflösung
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 50 % und somit Bewertung nach der Equity-Methode
Private Banking Flex Bond, Berlin	Abschmelzen der Quote auf unter 20 % und somit Ausweis als Beteiligung nach IAS 39
Vermögens Struktur Chance/Inhaber Anteile, Berlin	Durch die Veräußerung der Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin an die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin wird dieser Publikumsfonds nicht mehr beherrscht und somit at Equity in den Konzernabschluss einbezogen.
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg	Veräußerung der Anteile

Übriger Konsolidierungskreis

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich nicht.

6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Universalbank; seine Geschäftstätigkeit umfasst die nachfolgend beschriebenen vier Geschäftsfelder. Die Darstellung der Segmentergebnisse erfolgt nach Geschäftsfeldern; auf eine sekundäre Segmentdarstellung wird verzichtet.

Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** lag der Zinsüberschuss mit 365 Mio. € um 7,0 % bzw. 24 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Darin enthalten sind Sondererträge aus dem Börsengang des Kreditkartenanbieters Visa in Höhe von 19,4 Mio. €, positive Effekte aus dem Drittkartengeschäft (+8,7 Mio. €) sowie negative Sondereffekte aus der Expansion im Absatzfinanzierungsgeschäft (-7,9 Mio. €).

Das Volumen zum Bilanzstichtag, insbesondere der Einlagen, wuchs im Vergleich zum 31. Dezember 2007 um 6 %, was auch auf die Finanzmarktkrise zurückzuführen ist, weil das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Kunden zu Einlagenrückflüssen an die Berliner Sparkasse führte. Gleichzeitig stieg das bewilligte Neugeschäft bei den Allzweckkrediten um 14,7 % sowie das valutierte Neugeschäft bei Hypothekendarlehen um 10,3 % im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen.

Der Provisionsüberschuss lag 2008 aufgrund von Ertragssteigerungen im Kreditkartengeschäft um 1,0 % bzw. 2 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Ein wesentlicher Anteil des Provisionsüberschusses wurde aus dem Wertpapiergeschäft erzielt, das jedoch 13,1 % unter dem Vorjahresergebnis blieb. Das Geschäftsfeld Private Kunden musste wegen des schwierigen Marktumfelds gegenüber dem 31. Dezember 2007 einen Rückgang beim Bestand der hauseigenen Zertifikate auf 865 Mio. € (-8,3 %) hinnehmen. Der Bruttoabsatz lag 2008 mit 254 Mio. € unter dem Vorjahreswert in Höhe von 351 Mio. € (-27,6 %). Positiv entwickelte sich hingegen der Absatz von Versicherungsprodukten mit einer Steigerung der nettopolicierten Beitragssumme von 15,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Das Wachstum im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) zeigt sich sowohl in gestiegenen Provisionserträgen als auch dem überdurchschnittlichen Wachstum bei den Kreditkarten (+15,9 %).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde durch eine gemäß IFRS erforderliche Portfoliowertberichtigung in Höhe von 7,6 Mio. € auf den deutlich erhöhten Bestand an Konsumen-

tenkrediten belastet und durch das hinzugekommene, von der BHW-Bank übernommene Konsumentenkreditportfolio erhöht.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen aufgrund des gestiegenen Geschäfts (Drittkarten und Konsumentenkreditportfolio der Absatzfinanzierung) mit 412 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert (+3 Mio. €). Der Aufbau der Mitarbeiterkapazitäten (+75) erfolgte sowohl durch Übernahme der Auszubildenden als auch durch externe Einstellungen im Rahmen des Betriebsübergangs der Mitarbeiter des akquirierten BHW-Portfolios.

Das Segment **Firmenkunden** konnte seine starke Marktposition festigen. Dazu beigetragen hat der Ausbau der zinstragenden Forderungen an Kunden, die im Jahresdurchschnitt um 10 % gewachsen sind. Wegen der Rückführung kurzfristiger Kredite lag jedoch das zum 31. Dezember 2008 ausgewiesene Segmentvermögen unter dem Vorjahresniveau. Auch die Kundeneinlagen konnten gegenüber dem Vorjahr um 13 % gesteigert werden. Dies spiegelte sich auch im Anstieg der Segmentverbindlichkeiten wider.

Die Kundenzahl wurde im Berichtsjahr um fast 1.000 Kunden auf rund 63.400 erhöht. Der Zinsüberschuss konnte trotz eines wettbewerbsintensiven Umfeldes um 3,6 % gesteigert werden und lag bei 114 Mio. €. Das Geschäftsfeld profitierte wie im Vorjahr vom günstigen Verlauf der Kreditrisikovorsorge. Der Provisionsüberschuss lag über dem Vorjahreswert, da im Jahr 2008 die Erträge der Exportfinanzierung erstmals im Segment Firmenkunden und nicht mehr im Segment Kapitalmarktgeschäft abgebildet wurden. Aus diesem Grund erhöhten sich auch die Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr, bereinigt um diesen Effekt wurde ein Rückgang verzeichnet. Das sonstige betriebliche Ergebnis erhöhte sich durch den Abgang eines Vermögensgegenstands in der Beteiligung HILOG.

Die weltweite Finanzkrise beeinträchtigte im Geschäftsjahr 2008 massiv die Aktivitäten und das Ergebnis des Segments **Kapitalmarktgeschäft**. Die Marktverwerfungen haben bei allen Aktivitäten des Segments Spuren hinterlassen – durch eingeschränkte Liquidität, massive Ausweitungen der Risikoaufschläge (Credit Spreads) und extreme Volatilität an den Zins- und Aktienmärkten. Dies führte zu Verlusten im Handel sowie zu Bewertungsverlusten auf Anlagepositionen in Folge nicht mehr funktionierender Märkte. Die Erträge aus dem Kundengeschäft waren dagegen annähernd unverändert.

Die Entwicklung der Credit Spreads führten bei unseren diversen Investitionsstrategien (z. B. Tender Option Program, Asset Backed Securities, Credit Investment Portfolio) zu erheblichen Bewertungsverlusten, die nur zu Teilen ergebniswirksam waren.

Trotz eines breiten Spektrums an Strategien und Portfolien haben auch die Handelsaktivitäten massiv gelitten, allerdings wurden hier durch rechtzeitige risikoreduzierende Maßnahmen die Verluste begrenzt. Die aufgetretenen Handels- und Bewertungsverluste konnten durch die stetigen, nicht-volatilen Erträge aus dem Kundengeschäft und die Zinserträge aus den Investitionsstrategien nicht kompensiert werden.

Das operative Ergebnis des Kapitalmarktgeschäfts betrug -391 Mio. € und lag damit um -380 Mio. € unter dem des Vorjahres.

Aufgrund von Impairments auf Engagements bei Lehman Brothers, Washington Mutual, isländischen Banken und Fonds wurde das Ergebnis aus Finanzanlagen mit -293 Mio. € stark belastet (2007: -26 Mio. €).

Außerdem wurden durch den Zusammenbruch von Lehman Brothers Zuführungen zu Wertberichtigungen auf das Kreditgeschäft notwendig. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich entsprechend und lag mit 53 Mio. € um 83 Mio. € über dem Vorjahreswert. Darin enthalten sind Wertberichtigungen auf verbriefte US-Hypothekendarlehen (CDO of ABS) sowie zu einem geringen Teil Länderwertberichtigungen für Risiken aus der Ukraine und Kasachstan.

Der Zinsüberschuss entwickelte sich außerordentlich positiv und wuchs, im Wesentlichen beruhend auf Geldhandelsaktivitäten, auf 381 Mio. €. (+251 Mio. € gegenüber 2007).

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten wurde insbesondere in der zweiten Jahreshälfte durch die hohen Kursverluste extrem belastet und erreichte -284 Mio. € (Vorjahr: -41 Mio. €).

Erstmalig wurde 2008 eine Ertragsverrechnung aus der Neuzuordnung der Exportfinanzierung zum Segment Firmenkunden (-14 Mio. €) durchgeführt. Der Provisionsüberschuss lag mit 30 Mio. € um 8 Mio. € unter dem Wert des Jahres 2007 (bereinigt um die oben genannte Ertragsverrechnung), was im Wesentlichen aus sinkenden Brokerage-Erträgen resultierte.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken durch konsequente Umsetzung der beschlossenen Sparmaßnahmen sowie der Neuzuordnung der Exportfinanzierung zum Segment Firmenkunden um 21 Mio. € auf 152 Mio. €.

Die Maßnahmen zur Kundengewinnung und Vertriebsintensivierung wurden 2008 kontinuierlich ausgebaut und führten zu einem nochmals erweiterten Kundenkreis. Im Zuge der Finanzkrise sank das ausstehende Zertifikatevolumen auf 2,3 Mrd. €. Der Bruttoabsatz in Zertifikaten belief sich per 31.Dezember 2008 auf 1,2 Mrd. €. Die LBB-INVEST konnte 2008 das Wachstum bei Spezial- und Publikumfonds nicht fortsetzen. Das Fondsvolumen verminderte sich von 12,8 Mrd. € per 31. Dezember 2007 auf 10,3 Mrd. € per 31. Dezember 2008. Der Rückgang des Publikumsfondsvolumens auf 3,4 Mrd. € ist insbesondere auf Kursverluste an den Aktienmärkten zurückzuführen.

Im Auslandskreditgeschäft, das im Wesentlichen durch staatliche Exportkreditversicherungen (ECA) gedeckt ist, konnte das Kreditvolumen im Jahresverlauf deutlich ausgeweitet werden. Mit der Eskalation der Finanzkrise wurden im vierten Quartal die Limite und damit das Neugeschäft zurückgeführt. Die operativen Zins- und Provisionserträge lagen über dem Vorjahresergebnis.

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erreichte im Berichtszeitraum ein erfreuliches operatives Ergebnis von 259 Mio. €, eine Steigerung von 5,3 % gegenüber dem Vorjahr (246 Mio. € per 31. Dezember 2007). Der Saldo aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten stieg dabei um 33 Mio. €. Zur positiven Entwicklung der Kreditrisikovorsorge trugen außerordentliche Auflösungen bei, die die Neubildung deutlich überstiegen. Der Provisionsüberschuss wurde gegenüber dem Vorjahr um 73,7 % auf 33 Mio. € verbessert.

Das Neugeschäft übertraf trotz des schwierigen Marktumfeldes mit rund 6,7 Mrd. € den Vorjahreswert von rund 6,6 Mrd. € (ohne Sondergeschäft in Höhe von 3,6 Mrd. €) nochmals. Die positive Neugeschäftsentwicklung der Vorjahre konnte durch die konsequente Nutzung von Marktchancen fortgesetzt werden. Die Neugeschäftsverteilung nach Objektnutzungsarten, Beleihungsgebieten und Kundensegmenten wie auch die Entwicklung der Neugeschäftsmargen entsprach den Zielen des Segments. An der risikobegrenzenden Strategie des Segments wurde weiterhin konsequent festgehalten.

Der Forderungsbestand gegenüber Kunden stieg im Kerngeschäft Immobilienfinanzierung im Berichtszeitraum um 1 Mrd. €. Im deutschen Markt hat sich das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung damit als einer der führenden Anbieter fest etabliert.

Im Segment **Sonstiges / Konsolidierung** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zu-

sammengefasst. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie z. B. das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €).

Das operative Ergebnis verzeichnete im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 177 Mio. € auf 21 Mio. €. Dies war im Wesentlichen auf Ergebniseffekte im Zusammenhang mit dem Verkauf der LBB-INVEST zurückzuführen.

Die Anzahl der Mitarbeiterkapazitäten im Segment Sonstiges / Konsolidierung beträgt 2.513 gegenüber 2.083 im Vorjahr. Davon entfallen 1.158 (31. Dezember 2007: 1.190) auf die Zentralstäbe (inkl. Organisation und Informationstechnologie) und 1.332 auf Marktfolgefunktionen, zu denen neben der BankenService GmbH seit 1. Juli 2008 auch die Back-Office-Funktionen der Kreditbereiche der Geschäftsfelder Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung gehören. Zusätzlich gibt es noch einige Mitarbeiter in anderen, dem Segment Sonstiges / Konsolidierung zugeordneten, Konzerngesellschaften. Die Umgliederung der Back-Office-Funktionen erklärt den Anstieg der Mitarbeiterkapazitäten per 31. Dezember 2008 gegenüber dem Vorjahr. Entsprechend rückläufig sind die Mitarbeiterkapazitäten in den Geschäftsfeldern Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung. Durch die Rückverrechnung der Leistungen haben diese Umgliederungen keine Auswirkungen auf die Gesamtergebnisse der betroffenen Geschäftsfelder.

Ergebnisse der Segmente

in Mio. EUR	Private Kunden		Firmen-kunden		Kapitalmarkt-geschäft		Immobilien-finanzierung		Sonstiges / Konsolidierung [6]		KONZERN	
	1.1.-31.12. 2008	1.1.-31.12. 2007 [1]	1.1.-31.12. 2008 [7]	1.1.-31.12. 2007 [1]	1.1.-31.12. 2008 [7]	1.1.-31.12. 2007 [1]	1.1.-31.12. 2008 [7]	1.1.-31.12. 2007 [1]	1.1.-31.12. 2008 [7]	1.1.-31.12. 2007 [1]	1.1.-31.12. 2008	1.1.-31.12. 2007 [1]
Zinsüberschuss	365	341	114	110	381	130	319	259	67	-36	1.246	804
Risikovorsorge im Kreditgeschäft [1]	37	26	-9	-25	53	-30	-37	-38	19	-1	63	-68
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**328**	**315**	**123**	**135**	**328**	**160**	**356**	**297**	**48**	**-35**	**1.183**	**872**
Provisionsüberschuss	200	198	41	29	30	52	33	19	-2	-1	302	297
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					-4		-10	2	-4	1	-18	3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-284	-41	21	48	-81	-52	-344	-45
Ergebnis aus Finanzanlagen					-293	-26	-7	8	-8	14	-308	-4
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	5	4			-19	8			-4		-18	12
Sonstiges betriebliches Ergebnis	4	9	28	6	3	9	-15	-6	222	78	242	96
Verwaltungsaufwendungen	412	409	92	88	152	173	119	122	162	167	937	959
davon Normalabschreibungen	13	12	2	4	7	8	8	9	32	33	62	66
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	**125**	**117**	**100**	**82**	**-391**	**-11**	**259**	**246**	**9**	**-162**	**102**	**272**
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen									12	6	12	6
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	**125**	**117**	**100**	**82**	**-391**	**-11**	**259**	**246**	**21**	**-156**	**114**	**278**
Segmentvermögen [2]	4.574	3.654	5.285	5.793	68.389	68.921	50.810	49.530	14.868	12.837	143.926	140.735
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) [2]	12.358	11.489	5.267	4.699	64.558	58.106	41.356	40.367	19.730	24.530	143.269	139.191
Risikopositionen KWG (Stichtag) [3]	3.334	2.652	3.130	4.234	17.699	21.850	14.835	18.581	2.152	3.174	41.150	50.491
Eigenmittelanforderungen nach SolvV	267	k.A.	250	k.A.	1.416	k.A.	1.187	k.A.	172	k.A.	3.292	k.A.
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) [1] [4]	242	245	232	263	1.064	893	865	683	-1.192	-591	1.211	1.493
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag) [7]	2.330	2.255	293	636	426	454	437	537	2.513	2.083	5.999	5.965
Eigenkapitalrentabilität [1] [5]	51,7%	47,8%	43,1%	31,2%	neg.	neg.	29,9%	36,0%	0,0%	0,0%	9,4%	18,6%
Cost-Income-Ratio [5]	71,8%	74,1%	50,3%	60,7%	neg.	ü.100%	34,9%	37,0%	0,0%	0,0%	85,0%	82,5%

1) Vorjahreszahlen: veränderter Ausweis des gebundenen Eigenkapitals und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft; siehe auch Erläuterungen unter "Notes 6"
2) Segmentvermögen / -verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen
3) 2008 nach SolvV (12,5-fache der Eigenmittelanforderungen); 2007 nach KWG
4) Für den Konzern insgesamt wird das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen.
5) gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. EUR
6) 2007 inkl. Aufwand für Vergütung der stillen Einlagen; 2008 fiel kein Aufwand an
7) Back-Office der Kreditbereiche der Geschäftsfelder Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung werden ab 01.07.08 unter "Sonstiges/Konsolidierung" ausgewiesen; dadurch veränderter Ausweis der Mitarbeiterkapazitäten, aber keine Gesamtergebnisauswirkung aufgrund der Rückverrechnung auf die betroffenen Kundengeschäftsfelder

Methodische Grundlagen und Änderungen nach IAS 8

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Die Berlin Hyp setzt zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos Derivate ein, deren Buchwertänderungen seit dem 1. Januar 2006 im Geschäftsfeld „Sonstiges / Konsolidierung“ abgebildet werden. Zinsinduzierte Veränderungen der Host Contracts aus trennungspflichtigen Emissionen werden zwischen den Segmenten Kapitalmarktgeschäft und „Sonstiges / Konsolidierung“ ergebnisneutral verrechnet. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges / Konsolidierung“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbriefte Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten.

Die Risikopositionen bestehen 2007 aus den Risikoaktiva und den Marktrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG, für 2008 werden sie als das 12,5-fache der Eigenmittelanforderungen nach SolvV ausgewiesen. Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökomischen Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien,

rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität - berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern. Auf Konzernebene ist das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital die Bezugsbasis für die Eigenkapitalrentabilitätsberechnung.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

In der Segmentdarstellung für 2007 führte folgender Sachverhalt zu Anpassungen nach IAS 8:

- Das Verfahren zur Bestimmung der Wertaufholungen wertberichtigter Forderungen wurde im Geschäftsjahr 2008 weiter verfeinert. Damit standen detailliertere Informationen zur Verfügung, die eine differenziertere Bewertung der Einzelfälle ermöglichte. Mit der Umsetzung dieses verfeinerten Verfahrens wurden ebenfalls Wertaufholungen identifiziert, welche den Jahren 2007 (14,8 Mio. €), 2006 (7,7 Mio. €) und 2005 (0,6 Mio. €) zuzuordnen sind. Die auf die Vorjahre entfallenden Beträge werden nach IAS 8.42 angepasst. Der das Geschäftsjahr 2007 betreffende Betrag führt zu Ausweisänderungen in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Segmente Immobilienfinanzierung (-6,2 Mio. €), Private Kunden (–5,5 Mio. €), Firmenkunden (-2,7 Mio. €) und Kapitalmarktgeschäft (–0,4 Mio. €).

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt ab 2008 auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals. In den Segmenten wird das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen 2007 wurden entsprechend angepasst.

Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlagen wird für 2007 im Segment „Sonstiges / Konsolidierung“ ausgewiesen, für 2008 ist kein Aufwand angefallen.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert sämtliche Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden nach ihrem Bilanzansatz teilweise mit fortgeführten Anschaffungskosten, teilweise zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstansatz von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von finanziellen Vermögenswerten und Schulden sowie Eigenkapital wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

7.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen. Eine Überleitung mit Angabe der jeweiligen Buchwerte je Kategorie findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) dieses Berichts. Dort finden sich auch Angaben zu vorgenommenen zulässigen Änderungen bei der Einordnung in diese Kategorien (Umkategorisierungen).

Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden (z. B. auch ABS-Wertpapiere). In diesem Fall erfolgt der Ausweis unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien/Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall umkategorisierter Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bisher in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt bzw. bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

Held-to-Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden seit diesem Geschäftsjahr erstmals Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus. Sie umfassen lediglich Neugeschäft – Umgliederungen in diese Kategorie fanden nicht statt.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held-for-Trading, HfT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Akti-

en und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Anlagebuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugerechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Anlagebuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten bzw. Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung sowie laufende Zins-, Provisions- und Dividendenzahlungen werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die sogenannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen und Aktienbestände angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Als Passiva sind verbriefte Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbriefte Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, soweit diese durch derivative Geschäfte abgesichert, aber für ein wirksames Hedge Accounting gemäß IAS 39 ungeeignet sind, und somit ein Accounting Mismatch vorliegt.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst solche nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet worden sind. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen, für die ein aktiver Markt existiert, der Kategorie AfS zugeordnet. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird mit Ausnahme von nicht notierten Eigenkapitaltiteln zum Fair Value vorgenommen. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) ist die Neubewertungsrücklage unmittelbar zu korrigieren und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis zu berücksichtigen. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbriefte Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

7.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäft. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows, diskontiert mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (z. B. Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/ Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Forderungen ausgewiesen.

7.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und pauschalierten Einzelwertberichtigungen (pEWB) Rechnung.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (z. B. allgemeines Konjunkturrisiko) und Transferrisiken (Länderwertberichtigung) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der bereits einzelwertberichtigten Forderungen. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Die während des Geschäftsjahres durch Umgliederung (siehe hierzu Note 62) nunmehr zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente, welche zuvor zum Zeitwert bilanziert wurden, werden in die PoWB einbezogen. Deren Methodik wird auch nach Ausweitung der zu betrachtenden Bestände unverändert angewendet.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung sowie Forderungsbestände mit Rechtsunsicherheiten werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt beziehungsweise in die PoWB einbezogen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen sind im Abschnitt Risikomanagement aufgeführt.

7.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

7.5 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held-for-Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Geschäfte des Nichthandelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Finanzinstrumente dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, sind gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten auszuweisen.

7.6 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Dabei handelt es sich meist um strukturierte Produkte, welche sich aus einem zinstragenden, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Basisvertrag sowie einem oder mehreren Derivaten zusammensetzen, wobei die Einzelbestandteile zu einer rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit verbunden sind.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate wurden im Konzern bei strukturierten Emissionen auf Eigenkapitaltitel sowie bei strukturierten Zinsemissionen mit inhärentem Bonitätsrisiko (Credit Linked Notes) identifiziert.

Kommt es zu einer Trennung, wird der Basisvertrag der Kategorie OL zugeordnet, mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen. Separierte Derivate hingegen sind Teil der Unterkategorie HfT, werden zum Fair Value bewertet und im Handelsbestand gezeigt. Strukturierte Finanzinstrumente, die eingebettete Derivate enthalten und nach dem 31. Dezember 2005 zugingen, wurden ausnahmslos als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente designiert. In diesem Falle wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

7.7 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Für dieses sogenannte bilanzielle Hedge Accounting werden drei Abbildungskonzepte vorgeschlagen. Im Konzern kommen davon das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

<u>Mikro Fair Value Hedge Accounting</u>

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder

Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wurde das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während der übrige – nicht vom abgesicherten Zinsrisiko verursachte – Teil der Wertänderung in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral erfasst wird.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, hat der Konzern Effektivitätstests durchgeführt. Hierfür kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+ 100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein sogenannter Critical Term Match durchgeführt.

Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/ Passivsteuerung mittels Zinsswaps.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertveränderungen werden, soweit sie die der Grundgeschäfte nicht übersteigen (sogenannter effektiver Teil), im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage Cashflow-Hedges erfasst. Sofern die Summe der kumulierten Wertänderungen aus dem Sicherungsderivat die Summe der Wertveränderungen des Grundgeschäfts (sogenannter ineffektiver Teil) übersteigt, wird diese Differenz erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich hierbei die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow-Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80-125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

7.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf wesentliche dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Schuldtiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrundes nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

7.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert und entsprechend bewertet. Vereinbarte Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

7.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit Null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Finanzgarantien gegen Einmalzahlungen werden über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

8 Barreserve

Schuldtitel öffentlicher Stellen werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Alle anderen Bestände (Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken) werden zum Nennwert ausgewiesen.

9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

In dieser Kategorie werden Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt. Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt.

	31.12.2007	Zugänge	Abgänge	31.12.2008
Joint Ventures (IAS 31) – at Equity bewertet	1	0	0	1
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – at Equity bewertet	3	0	1	2
Spezial- und Publikumsfonds – at Equity bewertet	2	6	3	5
Gesamt	**6**	**6**	**4**	**8**

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen, und in der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber

hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- und Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- und Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinaus gehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Abschreibungsdauer in Jahren

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10% gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10% gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrages, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögensgegenständen werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermö-

genswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- und Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten (ohne Geschäfts- und Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- und Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- und Firmenwert wird nicht vorgenommen.

13 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrages bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrages geleasten Anlagegüter verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der

Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties, und die Leasingverpflichtung wird im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleaster Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

14 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Investment Properties werden – gemäß dem sogenannten cost model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger

Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Beim Vorliegen von Wertminderungen, die über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen, werden diese vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10% gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10% gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrages, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erfolgt, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwertes liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen bzw. Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

16 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit einem konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssatz abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinst.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demographischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (z. B. Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

17 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden in der Höhe angesetzt, in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraumes von 5 Jahren – unter Berücksichtigung der Min-

destbesteuerung und eines für die Jahre 2 bis 5 vorgenommenen Sicherheitsabschlags – realisiert werden können. Dieses ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle Ergebnisplanung der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche bzw. Steuerverpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen zurückliegender Jahre unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen bzw. für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

18 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

19 Eigenkapital

Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Namensaktien sowie diversen Rücklagen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Namen. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 1.200 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich zu 59 Mio. € (Vorjahr: 30 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu -510 Mio. € (Vorjahr: -642 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzt, sowie vereinzelte Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen. Im Berichtszeitraum wurden hierfür -130 Mio. € (Vorjahr: -32 Mio. €) erfasst; zugleich wurden -5 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) ausgebucht und erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (z. B. solche auf AfS-Wertpapiere und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

<u>Mindestkapitalanforderungen</u>

Die Zusammensetzung der internen Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wurde 2008 neu definiert und wird nunmehr auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich 70% des Nachrangkapitals bestimmt. Per 31. Dezember 2008 ergab sich auf Ebene der Landesbank Berlin Holding eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 4.200 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betrugen per 31. Dezember 2008 4.511 Mio. €.

Durch den Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und des DSGV ö.K. (Kommanditist) gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Die aufsichtsrechtlichen Meldungen werden für die RVG abgegeben.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ab. Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 16,41 % und eine Kernkapitalquote in Höhe von 13,74 % nach Feststellung der Abschlüsse. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

Kapitalmanagement

Die Aufgabe des im Jahr 2007 gegründeten Kapitalmanagement-Komitees besteht in erster Linie darin, konzernweit Maßnahmen zu koordinieren, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicher stellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

20 Außerbilanzielles Geschäft

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt werden. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21 Zinsüberschuss

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	3.578	3.205	12
Zinserträge aus Finanzanlagen	2.092	1.868	12
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	46	25	84
Sonstige Zinserträge	1.203	1.112	8
Summe der Zinserträge	**6.919**	**6.210**	**11**
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	3.999	3.818	5
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	20	63	-68
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	2	-100
Sonstige Zinsaufwendungen	1.654	1.523	9
Summe der Zinsaufwendungen	**5.673**	**5.406**	**5**
Zinsüberschuss	**1.246**	**804**	**55**

In den sonstigen Zinserträgen/-aufwendungen sind Erträge in Höhe von 188 Mio. € (Vorjahr: 185 Mio. €) und Aufwendungen in Höhe von 659 Mio. € (Vorjahr: 632 Mio. €) enthalten, die aus erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) resultieren. Weiterhin sind hierin Zinserträge in Höhe von 1.015 Mio. € (Vorjahr: 927 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 995 Mio. € (Vorjahr: 891 Mio. €) aus Hedge Accounting enthalten.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 69 Mio. € (Vorjahr: 109 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 [1)] Mio. €	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sow ie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	274	449	-39
Aufw endungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sow ie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	337	381	-12
Gesamt	**63**	**-68**	**> 100**

1) Vorjahreszahlen angepasst

Die Risikovorsorge resultiert aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

23 Provisionsüberschuss

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	147	176	-16
Zahlungsverkehr / Kontoführung	116	115	1
Kreditgeschäft	48	35	37
Kartengeschäft	95	76	25
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	18	14	29
Sonstige Provisionserträge	15	13	15
Summe der Provisionserträge	**439**	**429**	**2**
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	43	53	-19
Zahlungsverkehr / Kontoführung	12	9	33
Kreditgeschäft	9	7	29
Kartengeschäft	53	45	18
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	15	14	7
Sonstige Provisionsaufwendungen	5	4	25
Summe der Provisionsaufwendungen	**137**	**132**	**4**
Provisionsüberschuss	**302**	**297**	**2**

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 193 Mio. € (Vorjahr: 223 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 61 Mio. € (Vorjahr: 63 Mio. €) enthalten, die aus erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) resultieren.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2008 noch 2007 angefallen.

24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	83	-67	> 100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	-101	70	< -100
Gesamt	**-18**	**3**	**< -100**

Hierin enthalten sind Bewertungsergebnisse aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen.

Aus Makro Cashflow-Hedges kann modellbedingt kein als Ineffektivität zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung von Derivaten in Makro Cashflow-Hedges entstehen.

Darüber hinaus kommt im Konzern kein Hedge Accounting zur Anwendung.

25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held-for-Trading)	102	-373	> 100
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	-446	328	< -100
Gesamt	**-344**	**-45**	**< -100**

Die Teilergebnisse gliedern sich wie folgt auf:

Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Nichthandelsbuch-Derivate. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividendenerträge.

Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	-357	161	< -100
Bewertungsergebnis aus Passiva	-89	167	< -100
Gesamt	**-446**	**328**	**< -100**

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	-14	37	< -100
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	19	59	-68
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	33	22	50
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-294	-41	< -100
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	12	3	> 100
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	306	44	> 100
Gesamt	**-308**	**-4**	**< -100**

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen -288 Mio. € (Vorjahr: -6 Mio. €) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und -20 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 20 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 286 Mio. € (Vorjahr: 42 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS) sowie -0,1 Mio. € auf Finanzanlagen der Kategorie HtM.

Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein so genanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Ergebnis der Kategorien LaR, AfS, HtM und OL umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen

und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

- Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf 538 Mio. € (Vorjahr: -71 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.
- Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt -35 Mio. € (Vorjahr: -125 Mio. €). Enthalten sind -288 Mio. € (Vorjahr: -6 Mio. €), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden -767 Mio. € (Vorjahr: -434 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Vor Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von -479 Mio. € (vgl. Entwicklung des Konzerneigenkapitals).
- Das Nettoergebnis der Kategorie HtM umfasst nur den auf HtM-Instrumente entfallenden Teil des Finanzanlageergebnisses und beläuft sich auf -0,1 Mio. €.
- Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf -789 Mio. € (Vorjahr: 161 Mio. €).

27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Bewertungsergebnis	-23	9	< -100
Laufendes Ergebnis	5	3	67
Gesamt	**-18**	**12**	**< -100**

28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	29	18	61
Ergebnis aus Investment Properties	7	7	0
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	1	-17	> 100
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	35	33	6
IT-Erträge	12	12	0
Entkonsolidierungserfolge	107	4	> 100
Sonstige Steueraufwendungen	2	-4	> 100
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	53	35	51
Gesamt	**242**	**96**	**> 100**

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Veräußerungsergebnisse von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR. Zudem sind hier Erträge aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen erfasst.

Die Entkonsolidierungseffekte in Höhe von 107 Mio. € sind insbesondere auf den Verkauf der LBB-INVEST zurückzuführen.

Die Position „Sonstige Steueraufwendungen“ beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

In den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der verleasten Gegenstände beträgt 36 Mio. €.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

Restlaufzeiten	**1.1. - 31.12.2008** **Mio. €**	**1.1. - 31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
bis ein Jahr	1	4	-75
über ein Jahr bis fünf Jahre	3	4	-25
über fünf Jahre	0	1	-100
Gesamt	**4**	**9**	**-56**

29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	1.1. - 31.12.2008 **Mio. €**	**1.1. - 31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Personalaufwendungen	492	511	-4
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	62	66	-6
Andere Verwaltungsaufwendungen	383	382	0
Gesamt	**937**	**959**	**-2**

Personalaufwendungen:

	1.1. - 31.12.2008 **Mio. €**	**1.1. - 31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	365	389	-6
Soziale Abgaben	56	60	-7
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	71	62	15
Gesamt	**492**	**511**	**-4**

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert):

Sonstige Vermögenswerte	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	37	37	0
Planmäßige Abschreibungen	37	37	0
Wertminderungen	0	0	0
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	25	29	-14
Planmäßige Abschreibungen	25	29	-14
Wertminderungen	0	0	0
Gesamt	**62**	**66**	**-6**

Andere Verwaltungsaufwendungen:

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	63	69	-9
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	158	153	3
Werbung und Marketing	24	28	-14
Geschäftsbetriebskosten	64	58	10
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	48	53	-9
Personalabhängige Sachkosten	18	15	20
Sonstige	4	2	100
Gesamt	**383**	**382**	**0**

Das im Geschäftsjahr 2008 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
für Jahresabschlussprüfungen	6	5	20
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0	2	-100
Gesamt	**6**	**7**	**-14**

In den sonstigen Bestätigungs- und Bewertungsleistungen sind überwiegend projektbegleitende Bestätigungsleistungen enthalten.

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen

Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

Restlaufzeiten	**1.1. - 31.12.2008** **Mio. €**	**1.1. - 31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
bis ein Jahr	23	23	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	67	71	-6
über fünf Jahre	27	21	29
Gesamt	**117**	**115**	**2**

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 1 Mio. €.

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betrugen 32 Mio. € (Vorjahr: 39 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betrugen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2008 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen

	1.1. - 31.12.2008 **Mio. €**	**1.1. - 31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Restrukturierungserträge	18	11	64
Restrukturierungsaufwendungen	6	5	20
Gesamt	**12**	**6**	**100**

31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zwischen der Landesbank Berlin AG und der Landesbank Berlin Holding AG besteht seit Anfang 2006 ein Ergebnisabführungsvertrag und somit ein ertragsteuerliches Organschaftsverhältnis. Damit werden latente Steuern auf temporäre Differenzen und steuerliche Verlustvorträge bei den im Konsolidierungskreis des Konzerns Landesbank Berlin enthaltenen Organgesellschaften der Holding sowie deren konsolidierten Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform einer Personengesellschaft – soweit es die Körperschaftsteuer betrifft – nur im Konzernabschluss der Holding angesetzt. Im Konzern Landesbank Berlin werden hierfür keine latenten Steuern ausgewiesen.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die LBB fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	1.1. - 31.12.2008 Mio. €	1.1. - 31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	8	27	-70
Latente Steuern	-31	78	< -100
Gesamt	**-23**	**105**	**< -100**

Von dem tatsächlichen Steueraufwand entfallen rund 13 Mio. € auf die Berlin Hyp. Dem stehen überwiegend aperiodische Steuererträge bei der LBB, Niederlassung Berlin, und der LBB International S.A. Luxemburg gegenüber.

Die Ertrag aus latenten Steuern entfällt auf die Neubildung von aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	2008	2007
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	114	278
Konzernertragsteuersatz (%)	30,2	38,9
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	34	108
1. Steuerfreie Erträge	-99	-56
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	35	7
3. Steuersatzabweichungen	4	1
4. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	17	-29
5. Effekte aus Änderungen des Steuersatzes	0	73
6. Aperiodische Effekte	-15	1
7. Sonstiges	1	-1
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand	**-23**	**105**
Effektiver Steuersatz	-20,2 %	37,8 %

Infolge des Unternehmensteuerreformgesetzes vom 14. August 2007 sind in Deutschland ab 2008 neue Ertragsteuersätze anzuwenden. Bei der Berechnung der latenten Steuern des Vorjahres wurden diese neuen Steuersätze bereits angewendet.

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren ganz überwiegend aus dem Bestehen des Organschaftsverhältnisses zur Holding.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 12 % und 30 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund des Unterschieds zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt.

Die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte im Zusammenhang mit der unterlassenen Aktivierung latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 665 Mio. € (Vorjahr: 447 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) wurden latente Steuern in Höhe von insgesamt 139 Mio. € (Vorjahr: 78 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden aktive latente Steuern in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die Berlin Hyp und die HILOG (im Vorjahr: Berlin Hyp). Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 373 Mio. € (Vorjahr: 364 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 161 Mio. € (Vorjahr: 185 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG und § 8 GewStG). Die im Konzern bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt. Abschreibungen auf latente Steuern waren im Berichtszeitraum nicht erforderlich.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt 60 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €). Diese entfällt mit 65 Mio. € (Vorjahr: 43 Mio. €) auf die AfS-Rücklage und mit -5 Mio. € (Vorjahr: -14 Mio.) auf die Rücklage für die Cash-Flow-Hedges.

Für temporäre Unterschiede gemäß IAS 12.81(f) waren aufgrund des Organschaftsverhältnisses der LBB zur Holding keine latenten Steuern zu berücksichtigen.

32 Ergebnis je Aktie

	1.1. - 31.12.2008	1.1. - 31.12.2007 [1]	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	161	104	55
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	1.200.000.000	1.200.000.000	0
Gewinn je Aktie (€)	**0,13**	**0,09**	44

1) Vorjahreszahlen angepasst

Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2008 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

Angaben zur Bilanz (Notes)

33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Kassenbestand	455	503	-10
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.272	483	> 100
Gesamt	**1.727**	**986**	**75**

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 1.246 Mio. € (Vorjahr: 451 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll zum Bilanzstichtag betrug 563 Mio. € (Vorjahr: 495 Mio. €).

34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	**14.804**	**16.751**	**-12**
täglich fällig	2.136	2.937	-27
bis drei Monate	7.081	9.824	-28
über drei Monate bis ein Jahr	5.587	3.878	44
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	109	-100
über fünf Jahre	0	3	-100
Darlehen	**1.894**	**2.362**	**-20**
bis drei Monate	323	604	-47
über drei Monate bis ein Jahr	529	717	-26
über ein Jahr bis fünf Jahre	950	1.027	-7
über fünf Jahre	92	14	> 100
Schuldscheindarlehen	**1.982**	**2.969**	**-33**
bis drei Monate	161	242	-33
über drei Monate bis ein Jahr	697	795	-12
über ein Jahr bis fünf Jahre	609	1.265	-52
über fünf Jahre	515	667	-23
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	**7**	**7**	**0**
bis drei Monate	1	1	0
über drei Monate bis ein Jahr	0	0	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	2	2	0
über fünf Jahre	4	4	0
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	**2.922**	**3.050**	**-4**
bis drei Monate	646	180	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	468	698	-33
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.072	1.484	-28
über fünf Jahre	736	688	7
Andere Forderungen	**422**	**848**	**-50**
täglich fällig	352	432	-19
bis drei Monate	0	265	-100
über drei Monate bis ein Jahr	4	76	-95
über ein Jahr bis fünf Jahre	37	18	> 100
über fünf Jahre	29	57	-49
Gesamt LaR	**22.031**	**25.987**	**-15**
AfS			
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	**302**	**527**	**-43**
bis drei Monate	123	59	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	63	176	-64
über ein Jahr bis fünf Jahre	116	292	-60
Andere Forderungen	**0**	**0**	**0**
Gesamt AfS	**302**	**527**	**-43**
Gesamt	**22.333**	**26.514**	**-16**

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 21.893 Mio. € (Vorjahr: 26.005 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 440 Mio. € (Vor-

jahr: 509 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2008 Wertberichtigungen in Höhe von 18 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €).

Die Aufgliederung der Forderungen wurde detaillierter als bisher vorgenommen; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2007 verändert dargestellt.

35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 [1)] Mio. €	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	**2.885**	**3.349**	**-14**
täglich fällig	1.616	1.928	-16
bis drei Monate	1.078	1.305	-17
über ein Jahr bis fünf Jahre	191	116	65
Darlehen	**11.241**	**8.981**	**25**
bis drei Monate	581	570	2
über drei Monate bis ein Jahr	1.187	1.179	1
über ein Jahr bis fünf Jahre	3.886	2.945	32
über fünf Jahre	5.587	4.287	30
Schuldscheindarlehen	**358**	**387**	**-7**
bis drei Monate	114	1	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	125	140	-11
über ein Jahr bis fünf Jahre	48	53	-9
über fünf Jahre	71	193	-63
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	**15.248**	**14.545**	**5**
bis drei Monate	3.196	2.402	33
über drei Monate bis ein Jahr	1.710	2.167	-21
über ein Jahr bis fünf Jahre	6.406	6.099	5
über fünf Jahre	3.936	3.877	2
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen	**1.660**	**1.808**	**-8**
bis drei Monate	52	53	-2
über drei Monate bis ein Jahr	71	96	-26
über ein Jahr bis fünf Jahre	406	374	9
über fünf Jahre	1.131	1.285	-12
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	**6.580**	**6.531**	**1**
bis drei Monate	539	765	-30
über drei Monate bis ein Jahr	47	710	-93
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.894	1.362	39
über fünf Jahre	4.100	3.694	11
Kommunalkredite anderer Kreditinstitute	**6.862**	**8.655**	**-21**
bis drei Monate	1.453	1.998	-27
über drei Monate bis ein Jahr	1.106	1.359	-19
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.022	2.366	-15
über fünf Jahre	2.281	2.932	-22
Andere Forderungen	**1.074**	**787**	**36**
täglich fällig	524	429	22
bis drei Monate	175	9	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	17	57	-70
über ein Jahr bis fünf Jahre	304	289	5
über fünf Jahre	54	3	> 100
Gesamt LaR	**45.908**	**45.043**	**2**
AfS			
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	**1.585**	**1.983**	**-20**
bis drei Monate	281	76	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	360	370	-3
über ein Jahr bis fünf Jahre	639	1.089	-41
über fünf Jahre	305	448	-32
Andere Forderungen	**0**	**0**	**0**
Gesamt AfS	**1.585**	**1.983**	**-20**
Gesamt	**47.493**	**47.026**	**1**

1) Vorjahreszahlen angepasst

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 46.346 Mio. € (Vorjahr: 46.984 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 1.147 Mio. € (Vorjahr: 42 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2008 Wertberichtigungen in Höhe von 1.227 Mio. € (Vorjahr: 1.402 Mio. €).

Die Aufgliederung der Forderungen wurde detaillierter als bisher vorgenommen; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2007 verändert dargestellt.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (ausschließlich in der Kategorie Loans and Receivables):

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	18	9	100
Forderungen an Kunden	1.227	1.402	-12
Gesamt	**1.245**	**1.411**	**-12**

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Risikovorsorge	1.245	1.411	-12
zuzüglich Rückstellungen	24	35	-31
Gesamt	**1.269**	**1.446**	**-12**

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zu Lasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird, stehen die Eingänge auf diese wertberichtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Im Geschäftsjahr hat sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigung				pauschalierte Einzelwertberichtigung		Portfoliowertberichtigung		Altkredite94		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		**Gesamt**		**davon GuV-wirksam**	
	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden															
	2008	**2007**	**2008**	**2007**	**2008**	**2007**	**2008**	**2007**	**2008**	**2007**	**2008**	**2007**	**2008**	**2007**	**2008**	**2007**	**2008**	**2007**
	Mio. €	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**
Stand 1.1. vor Konsolidierungskreisänderung	**2**	1	**1.114**	1.224	**111**	386	**115**	119	**59**	78	**35**	74	**10**	17	**1.446**	1.899		
Konsolidierungskreisänderung	0	0	0	1	7	0	0	1	0	0	0	0	0	0	7	2		
Stand 1.1.	**2**	1	**1.114**	1.225	**118**	**386**	**115**	**120**	**59**	**78**	**35**	**74**	**10**	**17**	**1.453**	1.901		
Zuführungen	6	1	237	273	37	33	25	0	0	0	2	14	5	2	312	323	312	323
Abgänge																0		
Inanspruchnahmen	0	0	186	191	10	86	0	0	10	19	0	10	0	0	206	306		
Auflösungen	0	0	166	227	11	70	0	6	0	0	13	46	3	9	193	358	193	358
Unwinding	0	0	67	105	2	4	0	0	0	0	0	0	0	0	69	109	69	109
Wechselkursänderungen / Umbuchungen	0	0	-68	139	40 [2]	-148	0	1	0	0	0	3	0	0	-28	-5		
Stand 31.12.	**8**	**2**	**864**	**1.114**	**172**	**111**	**140**	**115**	**49**	**59**	**24**	**35**	**12**	**10**	**1.269**	**1.446**	**50**	**-144**

Direktabschreibungen	24	38
Eingang auf abgeschriebene Forderungen	80	71
Summe	**-6**	**-177**

Stand 31.12., nach Forderungsarten:

Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	273	306
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen (LaR)	0	0	71	101
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	0	0
Kommunalkredite anderer KI (LaR)	0	0	0	0
Andere Forderungen (LaR)	8	2	520	707
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (AfS)	0	0	0	0
Andere Forderungen (AfS)	0	0	0	0

davon:

GuV-wirksam Risikovorsorge	63	-68 [1]
GuV-wirksam Zinsertrag (unwinding)	69	109

1) Vorjahreszahlen angepasst

2) Es ergaben sich aufgrund von Neuzuordnungen von Konten Anpassungen im Ausweis zwischen den Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen.

37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	653	378	73
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	96	19	> 100
Gesamt	**749**	**397**	**89**

38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Handelsaktiva	14.406	10.231	41
Zum Zeitw ert designierte finanzielle Vermögensw erte (Fair Value-Option)	3.822	3.406	12
Gesamt	**18.228**	**13.637**	**34**

Handelsaktiva (HfT)

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.039	2.713	-62
Geldmarktpapiere	0	53	-100
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.039	2.660	-61
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	466	1.568	-70
Positive Marktw erte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	10.330	4.927	> 100
Positive Marktw erte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	2.571	1.023	> 100
Gesamt	**14.406**	**10.231**	**41**

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate Mio. €	drei Monate bis ein Jahr Mio. €	ein Jahr bis fünf Jahre Mio. €	über fünf Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	94	194	581	170	1.039
Anleihen und Schuldverschreibungen	94	194	581	170	1.039
Aktien u.a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	466	466
Positive Marktw erte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	708	916	4.778	3.928	10.330
Positive Marktw erte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	45	213	980	1.333	2.571
Gesamt	**847**	**1.323**	**6.339**	**5.897**	**14.406**

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	52	51	2
Finanzanlagen	3.770	3.355	12
Gesamt	**3.822**	**3.406**	**12**

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2008 beträgt 52 Mio. € (Vorjahr: 51 Mio. €); Kreditderivate oder ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate Mio. €	drei Monate bis ein Jahr Mio. €	ein Jahr bis fünf Jahre Mio. €	über fünf Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €
Forderungen an Kunden	0	0	0	52	**52**
Finanzanlagen	98	103	1.778	1.791	**3.770**
Gesamt	**98**	**103**	**1.778**	**1.843**	**3.822**

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2008 auf -50 Mio. € (Vorjahr: -60 Mio. €). Die kumulierten Wertänderungen betragen -118 Mio. € (Vorjahr: -51 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen und Finanzanlagen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtages bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
LaR	**42.940**	**5.341**	**> 100**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42.930	5.341	> 100
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10	0	x
AfS	**6.171**	**45.355**	**-86**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.912	44.763	-87
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	155	423	-63
Beteiligungen	102	165	-38
Verbundene Unternehmen	2	4	-50
HtM	**1.325**	**0**	**x**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.325	0	x
Gesamt	**50.436**	**50.696**	**-1**

Die Veränderungen zwischen den Kategorien LaR und AfS beruhen auf einer im vierten Quartal 2008 erfolgten Umkategorisierung (für Details hierzu siehe Note 62.1)

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate Mio. €	drei Monate bis ein Jahr Mio. €	ein Jahr bis fünf Jahre Mio. €	über fünf Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €
LaR					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.742	6.327	22.104	10.757	**42.930**
AfS					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	90	212	3.840	1.770	**5.912**
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	0	0	153	**155**
Beteiligungen				102	**102**
Verbundene Unternehmen				2	**2**
HtM					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	694	631	**1.325**
Gesamt	**3.834**	**6.539**	**26.648**	**13.415**	**50.436**

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2008 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Buchwert 1.1.	**165**	**275**	**4**	**11**
Zugänge	23	2	0	1
Abgänge	84	73	2	6
Umbuchungen	0	-5	0	0
Abschreibungen	2	20	0	2
Wertminderungen	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
kumulierte Veränderung aus der Fair Value-Bewertung	0	-14	0	0
Buchwert 31.12.	**102**	**165**	**2**	**4**

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

In den Beteiligungen sind 16 (Vorjahr: 18) assoziierte Unternehmen und Joint Ventures, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, enthalten. Deren Bewertung erfolgt nach IAS 39 zu Anschaffungskosten.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	527	382	38
Summe der Verpflichtungen	512	325	58
Erträge	276	256	8
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	8	8	0

40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Es werden insgesamt 2 (Vorjahr: 3) assoziierte Unternehmen und 1 (Vorjahr: 1) Joint Venture sowie 5 (Vorjahr: 2) Fonds nach der Equity-Methode bewertet und gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz ausgewiesen.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2008 **Mio. €**	**31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Anteile an Kreditinstituten	71	68	4
Anteile an sonstigen Unternehmen	121	61	98
Gesamt	**192**	**129**	**49**

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

	31.12.2008 **Mio. €**	**31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	8.128	7.962	2
Summe der Verpflichtungen	7.570	7.458	2
Erträge	488	542	-10
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2	41	-95

41 Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenw erte	21	47	-55
Sonstige selbsterstellte immaterielle Vermögensw erte	4	6	-33
Sonstige erw orbene immaterielle Vermögensw erte	53	64	-17
Gesamt	**78**	**117**	**-33**

Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 0,3 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 0,3 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst-erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2008 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Buchwert 1.1.	**47**	**24**	**6**	**8**	**64**	**71**	**117**	**103**
Zugänge	0	0	0	1	14	16	14	17
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	23	0	0	0	4	0	27
Zugänge aus unternehmensinterner Entw icklung	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	23	0	0	0	2	1	25	1
Umbuchungen	-3	0	0	0	0	0	-3	0
Abschreibungen	0	0	2	3	23	26	25	29
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	**21**	**47**	**4**	**6**	**53**	**64**	**78**	**117**

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 266 Mio. € (Vorjahr: 255 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 185 Mio. € und zum Ende der Periode auf 208 Mio. €.

42 Sachanlagen

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	443	448	-1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	135	135	0
Gesamt	**578**	**583**	**-1**

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 326 Mio. € (Vorjahr: 329 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2008 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Buchwert 1.1.	**448**	**473**	**135**	**140**	**583**	**613**
Zugänge	19	-6	30	23	49	17
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0
Abgänge	1	0	5	4	6	4
Umbuchungen	-4	-20	-1	0	-5	-20
Abschreibungen	13	14	23	24	36	38
Wertminderungen	0	0	1	0	1	0
Wertaufholungen	0	17	0	0	0	17
Effekte aus Wechselkursänderungen	-6	-2	0	0	-6	-2
Buchwert 31.12.	**443**	**448**	**135**	**135**	**578**	**583**

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 532 Mio. € (Vorjahr: 537 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 89 Mio. € und zum Ende der Periode auf 89 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 343 Mio. € (Vorjahr: 386 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 251 Mio. € und zum Ende der Periode auf 208 Mio. €.

43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	1	1	0
Bebaute Grundstücke und Gebäude	64	81	-21
Gesamt	**65**	**82**	**-21**

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 16 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

	Investment Properties	
	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Buchwert 01.01.	**82**	**83**
Zugänge	0	-1
Zugänge - nachträgliche Anschaffungskosten	0	0
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0
Abgänge	8	21
Umbuchungen	-6	20
Abschreibungen	2	3
Wertminderungen	3	0
Wertaufholungen	2	4
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Buchwert 31.12.	**65**	**82**

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 176 Mio. € (Vorjahr: 194 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 112 Mio. € und zum Ende der Periode auf 111 Mio. €. Fair Values konnten wegen fehlender aktueller Marktdaten nicht ermittelt werden.

44 Ertragsteueransprüche

Die unter Berücksichtigung der zwischen LBB und Holding bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft erfassten Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	20	18	11
Latente Steuern	273	208	31
Gesamt	**293**	**226**	**30**

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzerunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstituten und Kunden abzgl. Risikovorsorge	233	394	-41
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	1	1	0
Finanzanlagen	104	169	-38
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	4	6	-33
Sonstige Aktiva	31	1	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	75	2	> 100
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	186	139	32
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	250	145	72
Rückstellungen	5	11	-55
Sonstige Passiva	83	32	> 100
Verlustvorträge	139	78	78
Zwischensumme	**1.121**	**978**	**15**
Saldierungen mit passiven latenten Steuern	-848	-770	10
Gesamt	**273**	**208**	**31**

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft bzw. für den jeweiligen Organkreis eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

45 Sonstige Aktiva

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	2.960	1.774	67
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	38	59	-36
Rechnungsabgrenzung	17	8	> 100
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüche)	0	2	-100
Übrige	206	70	> 100
Gesamt	**3.221**	**1.913**	**68**

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	11	8	38
Finanzielle Vermögenswerte	59	58	2
Abgangsgruppen	1	0	x
Gesamt	**71**	**66**	**8**

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen soll im Jahre 2009 erfolgen.

Unter den „zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ bestand kein Abwertungsbedarf.

Die Ende 2007 ausgewiesenen fremdgenutzten Grundstücke und Gebäude wurden bis auf ein Objekt im Laufe des Jahres 2008 veräußert; sechs Immobilien wurden während dieses Zeitraums neu als veräußerbar klassifiziert, von denen zum Jahresende bereits zwei veräußert wurden. Hierfür wurde eine Wertberichtigung von 1 Mio. € im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst. Die finanziellen Vermögenswerte betreffen sechs Beteiligungen, von denen zwei bereits Ende 2007 als zur Veräußerung verfügbar ausgewiesen wurden; hierfür liegen Kaufangebote vor – die Verhandlungen dauern aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände

noch an. Diese Vermögenswerte sind in den Segmenten „Immobilienfinanzierung“ beziehungsweise „Sonstiges“ enthalten.

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern eine Abgangsgruppe bestimmt, die dem Segment Private Kunden zugeordnet ist. Dabei handelt es sich um Vermögenswerte im Zusammenhang mit dem beschlossenen Verkauf des Privatkundengeschäfts der Landesbank Berlin International S.A.

47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	**41.280**	**44.405**	**-7**
täglich fällig	850	372	> 100
bis drei Monate	34.619	40.908	-15
über drei Monate bis ein Jahr	5.811	3.099	88
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	7	-100
über fünf Jahre	0	19	-100
Begebene Namensschuldverschreibungen	**290**	**385**	**-25**
bis drei Monate	62	28	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	0	112	-100
über ein Jahr bis fünf Jahre	93	134	-31
über fünf Jahre	135	111	22
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	**2.051**	**2.433**	**-16**
bis drei Monate	115	192	-40
über drei Monate bis ein Jahr	880	402	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	569	1.271	-55
über fünf Jahre	487	568	-14
Namenspfandbriefe	**1.047**	**1.725**	**-39**
bis drei Monate	291	86	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	301	668	-55
über ein Jahr bis fünf Jahre	404	781	-48
über fünf Jahre	51	190	-73
Andere Verbindlichkeiten	**1.282**	**1.738**	**-26**
täglich fällig	208	525	-60
bis drei Monate	75	175	-57
über drei Monate bis ein Jahr	99	90	10
über ein Jahr bis fünf Jahre	473	465	2
über fünf Jahre	427	483	-12
Gesamt	**45.950**	**50.686**	**-9**

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 41.201 Mio. € (Vorjahr: 47.302 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 4.749 Mio. € (Vorjahr: 3.384 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Darüber hinaus sind 272 Mio. € (Vorjahr: 348 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten wurde detaillierter als bisher vorgenommen; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2007 verändert dargestellt.

48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	**12.061**	**10.390**	**16**
täglich fällig	7.800	7.012	11
bis drei Monate	3.723	3.190	17
drei Monate bis ein Jahr	531	180	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	7	8	-12
Spareinlagen	**7.510**	**7.033**	**7**
bis drei Monate	7.454	6.964	7
über drei Monate bis ein Jahr	5	14	-64
über ein Jahr bis fünf Jahre	47	50	-6
über fünf Jahre	4	5	-20
Begebene Namensschuldverschreibungen	**4.805**	**3.830**	**25**
bis drei Monate	580	167	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	47	71	-34
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.076	1.247	-14
über fünf Jahre	3.102	2.345	32
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	**5.374**	**5.205**	**3**
bis drei Monate	185	126	47
über drei Monate bis ein Jahr	571	278	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.640	1.687	-3
über fünf Jahre	2.978	3.114	-4
Namenspfandbriefe	**961**	**1.218**	**-21**
bis drei Monate	73	114	-36
über drei Monate bis ein Jahr	236	249	-5
über ein Jahr bis fünf Jahre	346	647	-47
über fünf Jahre	306	208	47
Andere Verbindlichkeiten	**2.072**	**1.997**	**4**
täglich fällig	1.335	1.167	14
bis drei Monate	59	98	-40
über drei Monate bis ein Jahr	23	71	-68
über ein Jahr bis fünf Jahre	106	78	36
über fünf Jahre	549	583	-6
Gesamt	**32.783**	**29.673**	**10**

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 31.921 Mio. € (Vorjahr: 29.560 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 862 Mio. € (Vorjahr: 113 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Insgesamt sind darin 344 Mio. € (Vorjahr: 309 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten wurde detaillierter als bisher vorgenommen; die ausgewiesenen Vorjahreszahlen sind somit gegenüber dem Geschäftsbericht 2007 verändert dargestellt.

Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, beträgt 342 Mio. € (Vorjahr: 345 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmersdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 51 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 616 Mio. € (Vorjahr: 618 Mio. €).

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

	31.12.2008 **Mio. €**	**31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
bis ein Jahr	58	58	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	241	243	-1
über fünf Jahre	950	904	5
Gesamt	**1.249**	**1.205**	**4**

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
bis ein Jahr	2	2	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	50	50	0
über fünf Jahre	563	522	8
Gesamt	**615**	**574**	**7**

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
bis ein Jahr	56	56	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	191	193	-1
über fünf Jahre	387	382	1
Gesamt	**634**	**631**	**0**

Die bedingten Mietzahlungen des Geschäftsjahres betrugen 2 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 37 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €) gegenüber.

49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	29.540	30.035	-2
Hypothekenpfandbriefe	7.887	6.625	19
Öffentliche Pfandbriefe	13.838	15.291	-10
Sonstige Schuldverschreibungen	7.815	8.119	-4
Sonstige verbriefte Verbindlichkeiten	286	482	-41
Gesamt	**29.826**	**30.517**	**-2**

In den sonstigen Schuldverschreibungen sind Geldmarktpapiere (z. B. Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) und eigene Akzepte enthalten.

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
bis drei Monate	3.259	2.289	42
über drei Monate bis ein Jahr	2.021	5.417	-63
über ein Jahr bis fünf Jahre	16.126	12.912	25
über fünf Jahre	8.420	9.899	-15
Gesamt	**29.826**	**30.517**	**-2**

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2008 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

	Gattung	Währung	Nominal (in Mio.)
Emissionen	Anleihen	EUR	5.025
Rückzahlungen	Geldmarktpapiere	GBP	95
	Anleihen	EUR	8.014
	Anleihen	DEM	230
Rückkäufe	Anleihen	EUR	250

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 546 Mio. € (Vorjahr: 528 Mio. €).

Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Negative Marktw erte aus Derivaten in Mikro Fair V alue-Hedges	857	555	54
Negative Marktw erte aus Derivaten in Makro Cashflow -Hedges	483	430	12
Gesamt	**1.340**	**985**	**36**

51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Handelspassiva	13.427	7.774	73
Zum Zeitw ert designierte finanzielle V erpflichtungen (Fair V alue-Option)	13.674	14.119	-3
Gesamt	**27.101**	**21.893**	**24**

Handelspassiva (HfT)

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	274	811	-66
Negative Marktw erte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	10.407	5.432	92
Negative Marktw erte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	2.746	1.531	79
Gesamt	**13.427**	**7.774**	**73**

Gliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate Mio. €	drei Monate bis ein Jahr Mio. €	ein Jahr bis fünf Jahre Mio. €	über fünf Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	187	5	71	11	**274**
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	449	1.000	4.787	4.171	**10.407**
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	34	151	1.083	1.478	**2.746**
Gesamt	**670**	**1.156**	**5.941**	**5.660**	**13.427**

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	624	465	34
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.066	873	22
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.802	12.604	-6
Nachrangkapital / Hybridkapital	182	177	3
Gesamt	**13.674**	**14.119**	**-3**

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate Mio. €	drei Monate bis ein Jahr Mio. €	ein Jahr bis fünf Jahre Mio. €	über fünf Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21	160	338	105	**624**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19	102	355	590	**1.066**
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.104	345	6.097	4.256	**11.802**
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	77	105	**182**
Gesamt	**1.144**	**607**	**6.867**	**5.056**	**13.674**

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2008 auf -93 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €). Die kumulierten Wertänderungen betragen -41 Mio. € (Vorjahr: -49 Mio. €).

Für die Berechnung der o.g. Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtages bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem höheren Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf -342 Mio. € (Vorjahr: -809 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von -591 Mio. € (Vorjahr: -612 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen	838	842	0
Sonstige Rückstellungen	309	417	-26
Rückstellungen w egen EU-Maßnahmen	15	21	-29
Restrukturierungsrückstellungen	46	63	-27
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	24	35	-31
Übrige Rückstellungen	224	298	-25
Gesamt	**1.147**	**1.259**	**-9**

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen betreffen den Verkauf der Berliner Bank. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft beziehen sich überwiegend auf Avale. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personal, Drohverluste, Prozesskosten, Rückbaukosten und sonstige Steuern enthalten.

Sämtliche Rückstellungen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr. Lediglich die in den übrigen Rückstellungen enthaltenen Beträge für Personal und sonstige Steuern sind in der Regel innerhalb eines Jahres fällig.

52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2008 – unter Berücksichtigung des Abgangs der LBB Invest – insgesamt 29 Mio. € (Vorjahr: 101 Mio. €).

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsdefinierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 555 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 595 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche, Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (BerlinHyp),
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (BerlinHyp),
- Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine / Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit

vom Eintritt des Versicherungsfalles in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt; Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (z. B. Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritt des Versicherungsfalles errechnet.

Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen / freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglie-

der bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2008 erhielten noch 880 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2008 rund 20,4 Mio. € (Vorjahr: rund 22,7 Mio. €).

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen:

	31.12.2008	**31.12.2007**
Rechnungszins	5,80 %	5,70 %
Gehaltstrend	3,00 – 3,50 %	2,50 % - 3,00 %
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 – 3,00 %	1,00 % - 3,00 %
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 – 3,00 %	1,00 % - 2,50 %
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	4,20 %	4,93 %
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	5,00 %	5,00 %
Bis Alter 40	3,00 %	3,00 %
Bis Alter 50	1,00 %	1,00 %
Ab Alter 50	0,00 %	0,00 %

In der Festlegung des Rechnungszinses sind die Entwicklungen auf dem Finanzmarkt berücksichtigt worden. Die durchgeführten Anpassungen der in den iBoxx-Indizes für Corporate enthaltenen Wertpapiere zum 2. Januar 2009 aufgrund anstehender Rating-Downgrades aus dem Berichtsjahr, in deren Ergebnis die Renditen generell gefallen sind, wurden in die Ermittlung des Rechnungszins zum Stichtag mit einbezogen. Somit gibt es nur eine geringen Anstieg des Zinssatzes von 5,7 % auf 5,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Finanzmarktkrise einen Anstieg des Credit Spreads auch bei hochwertigen Anleihen und damit einen erhöhten Rechnungszinssatz zur Folge haben werden. Im Ergebnis sinkt der Barwert der Pensionsverpflichtung und erhöht das Eigenkapital.

Demographische Annahmen:

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellung für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	25	26
abzüglich Fair Value Planvermögenswerte	-20	-23
	5	**3**
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	833	839
Gesamt	**838**	**842**

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2008	2007
Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.	**842**	**920**
laufender Dienstzeitaufwand	18	23
nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	-7
Zinsaufwand	48	42
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-35	-34
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-5	0
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-29	-101
Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.	**838**	**842**

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2008	2007
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	**865**	**946**
laufender Dienstzeitaufwand	18	23
nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	-7
Zinsaufwand	48	42
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-38	-37
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-6	0
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-29	-102
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	**858**	**865**

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verringerten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste und des Abgangs der LBB Invest – im Konzern um 4 Mio. € auf 838 Mio. € (Vorjahr: 842 Mio. €).

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2008	2007
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	75,6	74,2

Nicht festverzinslich	4,8	4,5
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	15,5	16,9
Ausland	2,0	3,7
Bankguthaben	2,1	0,7
Übriges Vermögen	0,0	0,0
Gesamt	**100**	**100**

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (20,2 Mio. €) und drei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	**2008**	**2007**
Fair Value des Planvermögens zum 1. Januar	**23**	**26**
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-1	-1
Rentenzahlungen	-3	-3
Fair Value des Planvermögens zum 31. Dezember	**20**	**23**

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 634 T€ (Vorjahr: -81 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €), jedoch keine nicht festverzinslichen Wertpapiere (Vorjahr: 0,1 Mio. €) enthalten.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	**2008**	**2007**
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste		
Geschäftsjahr	29	101
Kumuliert Vorjahre	28	-73
Gesamt	**57**	**28**

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2008	2007
laufender Dienstzeitaufwand	18	23
nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	-7
Zinsaufwand	48	42
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Gesamt	65	57

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen max. vier Jahre:

in Mio. €	2008	2007	2006	2005
Pensionsverpflichtung (DBO)	858	865	946	524
Planvermögen	20	23	26	2
Überschuss des Plans	838	842	920	522
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	29	101	-20 [1)]	-86
in %				
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:				
DBO	2,0	12,5 [2)]	-0,75	
Planvermögen	-2,0	-5,0	1,4	

[1)] ohne Berücksichtigung Berliner Bank

[2)] betrifft nahezu ausschließlich die Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2009	2008
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
erwartete direkte Rentenzahlungen	-36	-34

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2008 ein Rechnungszins von 5,2 % (Vorjahr: 4,8 %) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

52.2 Sonstige Rückstellungen

	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Stand zum 1.1.	**417**	**479**
Zuführungen	38	123
Inanspruchnahme	81	105
Auflösungen	66	102
Umbuchungen	0	15
Änderung Konsolidierungskreis	-5	0
Aufzinsungseffekte	6	7
Stand zum 31.12.	**309**	**417**

Davon: Rückstellung wegen EU-Maßnahmen

	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Stand zum 1.1.	**21**	**32**
Zuführungen	0	0
Inanspruchnahme	0	6
Auflösungen	7	6
Umbuchungen	0	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	0
Aufzinsungseffekte	1	1
Stand zum 31.12.	**15**	**21**

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Stand zum 1.1.	**63**	**81**
Zuführungen	4	1
Inanspruchnahme	7	8
Auflösungen	11	8
Umbuchungen	-5	-6
Änderung Konsolidierungskreis	0	0
Aufzinsungseffekte	2	3
Stand zum 31.12.	**46**	**63**

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Stand zum 1.1.	**35**	**74**
Zuführungen	2	14
Inanspruchnahme	1	10
Auflösungen	13	46
Umbuchungen	1	3
Änderung Konsolidierungskreis	0	0
Stand zum 31.12.	**24**	**35**

Davon: Übrige Rückstellungen

	2008 Mio. €	2007 Mio. €
Stand zum 1.1.	**298**	**292**
Zuführungen	32	108
Inanspruchnahme	73	81
Auflösungen	35	42
Umbuchungen	4	18
Änderung Konsolidierungskreis	-5	0
Aufzinsungseffekte	3	3
Stand zum 31.12.	**224**	**298**

53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die unter Berücksichtigung der zwischen LBB und Holding bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft erfassten Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	29	56	-48
Latente Steuern	5	5	0
Gesamt	**34**	**61**	**-44**

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstituten und Kunden abzgl. Risikovorsorge	0	1	> 100
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	153	70	> 100

Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	317	180	76
Finanzanlagen	50	3	> 100
Sonstige Aktiva	1	154	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	309	263	17
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	86	> 100
Rückstellungen	5	2	> 100
Sonstige Passiva	18	16	13
Zwischensumme	**853**	**775**	**10**
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	-848	-770	36
Gesamt	**5**	**5**	**0**

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte auf Ebene der einzelnen Gesellschaft bzw. des jeweiligen Organträgers unter Berücksichtigung von ausländischen Betriebsstätten eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Passiva

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.732	675	> 100
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	58	65	-11
Rechnungsabgrenzungsposten	43	98	-56
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	3	4	-25
Übrige	66	172	-62
Gesamt	**1.902**	**1.014**	**88**

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

55 Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	1	-100
Übrige	83	0	x
Gesamt	**83**	**1**	**> 100**

Der ausgewiesene Posten enthält Verbindlichkeiten des Privatkundengeschäfts der Landesbank Berlin International S.A. Die Veräußerung dieses Privatkundengeschäfts wurde mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 beschlossen.

56 Nachrangkapital

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.446	2.459	-1
bis drei Monate	927	23	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	220	224	-2
über ein Jahr bis fünf Jahre	825	1.948	-58
über fünf Jahre	474	264	80
Genussrechtskapital	4	4	0
bis drei Monate	4	4	0
Stille Einlagen	687	700	-2
über fünf Jahre	687	700	-2
Gesamt	**3.137**	**3.163**	**-1**

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Aufgrund des erzielten Jahresfehlbetrages entfällt seitens der LBB eine Vergütung für die stille Einlage im Geschäftsjahr 2008; statt dessen musste ein Betrag von 13 Mio. € zur anteiligen Verlustdeckung herangezogen werden. Der Ausweis der stillen Einlage zum Berichts-

zeitpunkt wurde um diese Verlustzuweisung gemindert. Für das Vorjahr hingegen wurden 51 Mio. € als Vergütung gezahlt.

57 Eigenkapital

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 [1)] Mio. €	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	1.200	1.200	0
Kapitalrücklagen	929	930	0
Gewinnrücklagen	-451	-605	25
Andere Gewinnrücklagen	-510	-642	21
Rücklagen für Pensionen aus Bewertung nach IFRS	59	30	97
Rücklage aus Währungsumrechnung	-9	-2	< -100
Neubewertungsrücklagen	-813	-230	< -100
Neubewertungsrücklage (AfS)	-754	-275	< -100
Neubewertungsrücklage (CFH)	-119	16	< -100
Neubewertungsrücklage Latente Steuern	60	29	> 100
Anteile im Fremdbesitz	60	416	-86
Gesamt	**916**	**1.709**	**-46**

1) Vorjahreszahlen angepasst

Im Vorjahr wurden die Rücklagen für Pensionsbewertung innerhalb der anderen Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Sonstige Erläuterungen (Notes)

58 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 sowie den Zwischenabschlüssen zum 31. März 2008, 30. Juni 2008 und 30. September 2008 wurden Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen. Diese Sachverhalte erfordern jedoch keine Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008.

Zum 31. Dezember 2008 führte ein neu aufzunehmender Sachverhalt zu weiteren Anpassungen:

- Wertaufholung von Forderungen:
  Das Verfahren zur Bestimmung der Wertaufholungen wertberichtigter Forderungen wurde im Geschäftsjahr 2008 weiter verfeinert. Damit standen detailliertere Informationen zur Verfügung, die eine differenziertere Bewertung der Einzelfälle ermöglichten. Mit der Umsetzung dieses verfeinerten Verfahrens wurden ebenfalls Wertaufholungen identifiziert, welche den Jahren 2007 (14,8 Mio. €), 2006 (7,7 Mio. €) und 2005 (0,6 Mio. €) zuzuordnen sind. Die auf die Vorjahre entfallenden Beträge werden nach IAS 8.42 angepasst.

Die vorgenannten Anpassungen wirken sich auf die Vergleichszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2007 wie folgt aus:

Gewinn- und Verlustrechnung 2007 in Mio. €	Veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
Risikovorsorge im Kreditgeschäft [1)]	-53	15	-68
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	**257**	**15**	**272**
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und –erträgen	6	--	6
Ergebnis vor Steuern	**263**	**15**	**278**
Ergebnis nach Steuern	**158**	**15**	**173**

1) aus Sachverhalt Wertaufholung

Diese Anpassungen haben keine Auswirkungen auf den Gewinn je Aktie des Vorjahres.

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Anpassungen haben wir die betreffenden Bilanzpositionen der Vergleichszahlen 2007 wie folgt korrigiert:

Bilanz zum 31.12.2007 in Mio. €	Veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
Forderungen an Kunden [1)]	47.003	23	47.026
Gewinnrücklagen [1)]	-628	23	-605

1) aus Sachverhalt Wertaufholung

Folgende weitere Anpassungen wurden vorgenommen:

- In den Notesangaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen wurden zusätzlich Umgliederungen sowie Anpassungen der Vorjahresvergleichszahlen bei den Salden aufgrund der Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung von Unternehmen vorgenommen.
- In den Notesangaben zu Eventualschulden werden Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien angegeben. Dieser Betrag wurde im Vorjahr zu hoch ausgewiesen und nunmehr angepasst.

Die ebenfalls angepassten Vergleichszahlen 2007 der Segmentberichterstattung sowie weitere methodische Veränderungen in den Segmenten sind in Note 6 dargestellt.

59 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

	31.12.2008 **Mio. €**	**31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	210	343	-39
Treuhandvermögen	**210**	**343**	**-39**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9	3	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	201	340	-41
Treuhandverbindlichkeiten	**210**	**343**	**-39**

60 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

Quantifizierbar

	31.12.2008 Mio. €	31.12.2007 Mio. €	Veränderung in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gew ährleistungsverträgen	2.220	4.399	-50
Kreditbürgschaften	931	2.334	-60
Akkreditive	8	52	-85
Sonstige Bürgschaften	1.281	2.013	-36
Unw iderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unw iderrufliche Kreditzusagen)	3.743	5.402	-31
Sonstige Eventualschulden	0	59	-100
Gesamt	**5.963**	**9.860**	**-40**

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2008 in Höhe von 626 Mio. € (Vorjahr: 617 Mio. €).

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jähr-

lich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgt ebenfalls aufgrund der Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 188 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 216 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahr 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 119 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH (FinanzIT) und der Siemens IT Solutions and Services Management GmbH (SIS) hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zu 90,4 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die

nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs.10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank),
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin sowie
- Klage einer Fondsgesellschaft.

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Wertes unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichtes aufgeführt.

Im Rahmen der Finanzierung zur Rettung der Hypo Real Estate beteiligt sich die Landesbank Berlin an einer Liquiditätshilfe der deutschen Finanzwirtschaft in zwei Stufen mit maximal 800 Mio. € und an einer Rückgarantie der S-Finanzgruppe. Daneben ist sie seit 2007 an konzertierten Aktionen für die SachsenLB und die IKB Deutsche Industriebank AG beteiligt.

Die Landesbank Berlin AG war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger.

Patronatserklärungen

Die Landesbank Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Weiterhin trägt die Landesbank Berlin AG alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen aus den dem Vorgenannten entsprechenden Patronatserklärungen, die die vormalige Bankgesellschaft Berlin AG (jetzt firmierend unter Landesbank Berlin Holding AG), Berlin, gegenüber jeweils einem bestimmten Gläubiger der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, (im Jahre 2007 verschmolzen auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin) ausdrücklich abgab. Im Falle der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH gilt diese Patronatserklärung befristet bis zum 30. Juni 2015; im Falle der von der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH aufgenommenen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH gilt diese befristet längstens bis zum 31. Dezember 2010.

61 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

62 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

62.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Konzern von der Möglichkeit, zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte der Kategorien HfT oder AfS umzukategorisieren, Gebrauch gemacht. Hintergrund sind die im Rahmen der Finanzmarktkrise stark nachlassenden Handelsaktivitäten und somit eingetretene teilweise Illiquidität der Märkte.

Zum 1. Oktober 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert; die Umkategorisierung betrifft variabel- und festverzinsliche Wertpapiere sowie einen Genussschein. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere über einen längerfristigen Zeitraum oder bis zur Endfälligkeit zu halten.

Am 9. Dezember 2008 wurden ferner Wertpapiere der Kategorie HfT umkategorisiert und nunmehr als Finanzanlagen der Kategorie LaR ausgewiesen. Der Konzern hat auch hier die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere über einen längerfristigen Zeitraum oder bis zur Endfälligkeit zu halten.

Zeit- und Buchwerte zum Umkategorisierungstag bzw. zum Ende des Geschäftsjahrs:

in Mio. €	**Buchwert am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)**	**Buchwert 31.12.2008**	**Zeitwert 31.12.2008**
A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	37.821	36.696	36.470
B. von Held-for-Trading nach Finanzanlagen LaR	504	501	503

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung aufgrund von Fälligkeiten um 1.221 Mio. € reduziert haben.

Zum Umkategorisierungsstichtag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Für diese Finanzinstrumente wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr bis zum Umkategorisierungstag in der Neubewertungsrücklage Wertveränderungen von -295 Mio. € (Vorjahr:

-132 Mio. €) sowie eine ergebniswirksame Bewertungsdifferenz von -210 Mio. € (Vorjahr: -115 Mio. €) erfasst.

Seit der Umkategorisierung wurden für diese Instrumente Zinsamortisierungen in Höhe von -7 Mio. € sowie ein Aufwand für Impairments in Höhe von 16 Mio. € erfolgswirksam erfasst. Zudem erfolgt aufgrund der Umkategorisierung eine Amortisierung der Neubewertungsrücklage AfS, was bis 31. Dezember 2008 zu einer Erhöhung dieser Rücklage um 58 Mio. € führt. Diese Amortisierung wird aber durch die Fortschreibung des Buchwerts umkategorisierter Finanzanlagen im Zinsüberschuss kompensiert und hat daher keine Ergebniswirkung.

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären aus der Bewertungsänderung seit dem Tag der Umkategorisierung -124 Mio. € erfolgsneutral im Eigenkapital sowie 3 Mio. € erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst worden.

62.2 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen. Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der Fair Value anhand von internen Bewertungsmodellen mit aktuellen Marktparametern ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu ermitteln. Hierbei wird – insbesondere beim Fehlen quotierter aktueller Kurse – auf modifizierte Quotierungen, also Anpassung letztmaliger Quotes auf die aktuelle Entwicklung unter Verwendung am Markt beobachtbarer oder abgeleiteter Inputfaktoren sowie eigener Einschätzungen, zurückgegriffen.

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zum Fair Value beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
Mio. €	31.12.2008	31.12.2007 [1]	31.12.2008	31.12.2007 [1]	31.12.2008	31.12.2007
Aktiva						
LaR	**110.703**	**75.196**	**109.634**	**74.960**	**1.069**	**236**
Forderungen an Kreditinstitute	22.107	25.949	22.013	25.978	94	-29
Forderungen an Kunden	46.087	44.051	44.681	43.641	1.406	410
Finanzanlagen	42.509	5.196	42.940	5.341	-431	-145
AfS	**8.058**	**47.865**	**8.058**	**47.865**	**0**	**0**
Forderungen an Kreditinstitute	302	527	302	527	0	0
Forderungen an Kunden	1.585	1.983	1.585	1.983	0	0
Finanzanlagen	6.171	45.355	6.171	45.355	0	0
HtM	**1.295**	**0**	**1.325**	**0**	**-30**	**0**
Finanzanlagen	1.295	0	1.325	0	-30	0
Gesamt	**120.056**	**123.061**	**119.017**	**122.825**	**1.039**	**236**
Passiva						
OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46.054	50.734	45.950	50.686	104	48
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden [2]	32.339	28.559	32.783	29.673	-444	-1.114
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden [3]	*32.982*	*29.690*	32.783	*29.673*	*199*	*17*
Verbriefte Verbindlichkeiten	29.905	30.424	29.826	30.517	79	-93
Nachrangkapital inkl. stille Einlagen	2.853	3.134	3.137	3.163	-284	-29
Gesamt [2]	**111.151**	**112.851**	**111.696**	**114.039**	**-545**	**-1.188**
Gesamt [3]	***111.794***	***113.982***	***111.696***	***114.039***	***98***	***-57***

1) Vorjahreszahlen angepasst
2) unter Berücksichtigung steuerungsrelevanter Ablauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente
3) ohne Berücksichtigung steuerungsrelevanter Ablauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente (verbundene Unternehmen und Beteiligungen) in den Finanzanlagen konnten Fair Values nicht ermittelt und somit nicht angegeben werden.

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT und FVO) sowie für Derivate in Sicherungsbeziehungen entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Fair Values. Die entsprechenden Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

62.3 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten bzw. bei Illiquidität an. Dabei wird unter Beachtung der Fair Value-Hierarchie zunächst auf Börsenkurse bzw. andere Marktpreise zurückgegriffen. Aufgrund der Marktentwicklung im Laufe des Geschäftsjahres 2008 wurde zunehmend auf modifizierte Marktpreise oder Modellbewertungen im Rahmen des bereits etablierten mehrstufigen Bewertungsverfahrens des Konzerns abgestellt.

Die Marktsituation war dominiert durch stark nachlassende Handelsaktivitäten (signifikant reduziertes Handelsvolumen/Umsätze, gesunkene Anzahl von Transaktionen, gestiegene Bid-Ask-Spannen), teils sogar durch völlige Umsatzlosigkeit. Hinzu kommt eine gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, was sowohl auf gesunkene Bonität sowie gestiegene Illiquidität und erzwungene Veräußerungen zurückzuführen ist.

Insgesamt war ein gestiegenes Misstrauen im Wertpapier- wie im Geldmarkt zu beobachten, was zu nicht mehr den bisher etablierten Preisstellungen auf Basis von effektiven Märkten entsprechenden Quotierungen führte. In Folge dessen standen für umfassende Bestände bei Schuldverschreibungen und ABS-Wertpapieren keine Markt- bzw. Transaktionspreise zur Verfügung. Auch bereitgestellte Quotes sind in dieser Marktsituation keine zuverlässigen Werte, die als Fair Values zur Bewertung anwendbar sind, da die Bereitschaft zur Durchführung von tatsächlichen Transaktionen nicht gegeben war und überdies die Quotierungen verschiedener Anbieter teils stark voneinander abwichen und in sich widersprüchlich waren.

Im Konzern wurde daher die Anwendung von Modellbewertungen im Rahmen des mehrstufigen Bewertungsverfahrens der LBB verstärkt. Die Bewertungsmethoden berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategoriespreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen heran gezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Eine Veränderung der herangezogenen Spreads um 10 Basispunkte nach oben (nach unten) würde einen Rückgang (einen Anstieg) der Fair Values der mittels DCF-Verfahren bewerteten Bestände

der Kategorien Fair Value through Profit or Loss und AfS (nominal rund 15,5 Mrd. €) um ca. 0,31 % bewirken.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands und Anlagebuchderivate (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden – entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle, in die finanzinstrumentspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Auch für die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden Fair Values – gemäß der Bewertungshierarchie – sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der eingangs dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden ausschließlich anhand von Bewertungsmodellen ermittelt.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie einige Darlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird auf Basis von Börsenkursen bzw. Marktpreisen bestimmt. In vielen Fällen jedoch wurden für Schuldverschreibungen und andere verzinsliche Wertpapiere aufgrund seltener oder fehlender aktueller Börsenkurse Fair Values anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt. Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei Letzterem handelt es sich um nicht-börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldverschreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mithilfe des dargestellten marktüblichen Bewertungsmodells ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus fachlichen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und mithin der Fair Value ergibt sich durch Summation der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM, welche ausschließlich unter Finanzanlagen ausgewiesen werden, werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

Verbindlichkeiten, verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbriefte Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Ermittlung der Fair Values von Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage basiert auf der Barwertmethode unter Anwendung des aktuellen Marktzinses und angemessener Risikoaufschläge.

Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und ggf. angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inkl. Akkreditive) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Values ungleich Null identifiziert.

63 Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

Buchwert	**31.12.2008** **Mio. €**	**31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.151	3.873	-44
Forderungen an Kunden	5.237	6.186	-15
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	906	1.040	-13
Finanzanlagen	34.746	31.073	12
Sonstige Aktiva	2.957	1.281	> 100
Gesamt	**45.997**	**43.453**	**6**

Die Sicherheiten wurden im Rahmen der standardisierten Rahmenverträge (gemäß ISDA und Deutschem Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte), die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, gestellt.

Sicherheiten, die der Konzern erhalten hat und bei nicht gegebenem Ausfall des Sicherungsnehmers verwerten kann, lagen nicht vor.

64 Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin nahe stehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen

- S-Erwerbsgesellschaft (Mehrheitseigner der LBBH mit 88 % der Anteile sowie Komplementär der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG) und – als Komplementär der S-Erwerbsgesellschaft – die Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG),
- Muttergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG,
- Schwestergesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH,
- Tochterunternehmen der LBB und Unternehmen, auf die die LBB maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der LBB, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, weiterhin Vorstand und Aufsichtsrat des beherrschenden Mutterunternehmens.

Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner der Landesbank Berlin Holding

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine **stille Einlage** der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust bzw. Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrages zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Aufgrund des erzielten Jahresfehlbetrages entfällt seitens der LBB eine Vergütung für die stille Beteiligung im Geschäftsjahr 2008; statt dessen musste ein Betrag von 12,5 Mio. € zur anteiligen Verlustdeckung herangezogen werden.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) zwischen der LBB AG und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die LBB AG für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt ist. Der GBV bezieht sich auf die erstmalige Konzernabschlusserstellung zum 31. Dezember 2007 (inkl. der Eröffnungsbilanz zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der LBB Holding AG am 8. August 2007) und die Folgeabschlüsse (§1 (4)). Die LBB erhält von der RVG eine Vergütung, durch die sämtliche nachgewiesenen Kosten der Geschäftsbesorgung erstattet werden. Die Parteien sind sich einig, dass bei der LBB durch die Geschäftsbesorgung keine Kosten verbleiben, sie

hieraus aber auch keinen Gewinn erzielen soll (§ 4 (1)). Für die Erstellung des RVG Konzernabschlusses 2007 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 538 T€ in Rechnung gestellt.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (17 T€) einlageseitig genutzt wird. Meldepflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit Schwesterunternehmen, nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahe stehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 67) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Die Anteilbesitzliste beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann.

Durch die mit Vertrag vom 22. Dezember 2008 und dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 erfolgte Übertragung der LBB-INVEST von der LBB an die LBBH wurde die LBB-INVEST ein Schwesterunternehmen der LBB.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen zu den nahe stehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes in folgendem Umfang:

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

Aktiva	**31.12.2008** **Mio. €**	**31.12.2007** [1] **Mio. €**	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	461	222	> 100

1) Vorjahreszahlen angepasst

Passiva	**31.12.2008** **Mio. €**	**31.12.2007** [1] **Mio. €**	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11	89	-88

1) Vorjahreszahlen angepasst

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 1,6 Mio. € (31. Dezember 2007: 2,0 Mio. €).

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

Aktiva	**31.12.2008** **Mio. €**	**31.12.2007** [1] **Mio. €**	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	128	296	-57
Forderungen an Kunden	146	302	-52
Erfolgsw irksam zu Zeitw ert bilanzierte finanzielle Vermögensw erte	15	32	-53
Finanzanlagen	19	40	-52

1) Vorjahreszahlen angepasst

Passiva	**31.12.2008** **Mio. €**	**31.12.2007** [1] **Mio. €**	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31	27	15
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8	28	-71
Erfolgsw irksam zum Zeitw ert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	20	20	0

1) Vorjahreszahlen angepasst

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (31. Dezember 2007: 1,3 Mio. €).

Gegenüber einem assoziierten Unternehmen besteht eine Gewährleistungsbürgschaft über 55 Mio. € (31. Dezember 2007: 55 Mio. €).

Joint Ventures

Aktiva	**31.12.2008** **Mio. €**	**31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	14	15	-7

Passiva	**31.12.2008** **Mio. €**	**31.12.2007** **Mio. €**	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1	0	x

Es bestehen keine Wertberichtigungen gegenüber Joint Ventures.

Schwesterunternehmen

Aktiva	**31.12.2008 Mio. €**	**31.12.2007 Mio. €**	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	31	0 [1)]	x

Passiva	**31.12.2008 Mio. €**	**31.12.2007 Mio. €**	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23	0 [1)]	x

1) Die LBB-INVEST war am 31.12.2007 ein zu konsolidierendes Tochterunternehmen der Landesbank Berlin AG

Es bestehen keine Wertberichtigungen gegenüber Schwesterunternehmen.

Die an Schwesterunternehmen, nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, ausgegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das **Zinsergebnis des Konzerns** wird aus den Geschäftsbeziehungen zu Schwesterunternehmen, nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend der Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

Angaben zu den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG bzw. der Landesbank Berlin AG wurden folgende Vergütungen zuteil:

in T€	2008	2007
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB[1)]	6.861	7.496
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding [2)]	2.878	2.841
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding	657	636
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB	268	262
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt [3)]	8.046	6.160
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	86.735	90.661
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	13.095	11.840
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	7.099	6.236
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	1.255	754
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	863	822

[1)] bestehend aus den Herren Vetter, Dr. Veit, Demolière, Dr. Evers, Kruschinski (bis 30. Juni 2007), Kulartz und Müller

[2)] bestehend aus den Herren Vetter und Dr. Veit

[3)] Nachzahlungen für Vorjahre in 2008 enthalten

Die "Gesamtbezüge" sind "kurzfristig fällige Leistungen" entsprechend dem Standard; "andere langfristig fällige Leistungen" bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu. Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Bank, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstands veranlasst ist (§ 626 BGB). Für zwei Mitglieder des Vorstands ist dienstvertraglich das Ausscheiden im Rahmen eines Kontrollerwerbs geregelt. Im Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2008 werden personenbezogene Angaben zu den Versorgungszusagen, den Ansprüchen auf Ruhegehalt und den sonstigen Leistungen nach oder aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses dargestellt.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	2008	2007
an Mitglieder des Vorstands der LBB	344	388
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	18	0
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	2	98
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	0	98

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen gewährte in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus der Tilgung von Annuitätendarlehen.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen.

Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstandes veröffentlicht die Holding auf Ihrer Internetseite unter "Investor Relations". Sie erfüllt damit die Melderfordernisse nach § 15a WpHG.

Darstellung zu § 314 Abs. 1 Nr.6 a) Satz 5 HGB

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2008** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands **in T€**	**Jahresvergütung**		**Sonstige Vergütungen** [2]	**Gesamt**
	Erfolgsunabhängige Vergütung	**Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2007** [1]		
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB)	1.074	650	26	1.750
davon nicht ruhegehaltsfähig	*521*			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	695	400	33	1.128
davon nicht ruhegehaltsfähig	*300*			
Serge Demolière (LBB)	989	150	35	1.174
davon nicht ruhegehaltsfähig	*489*			
Dr. Johannes Evers (LBB)	632	275	45	952
davon nicht ruhegehaltsfähig	*246*			
Uwe Kruschinski [3] (LBB)		30		30
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	632	210	44	886
davon nicht ruhegehaltsfähig	*246*			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	37	941
davon nicht ruhegehaltsfähig	*290*			
Vergütungsaufwand 2008 Gesamt (LBB)	**4.626**	**2.015**	**220**	**6.861**

[1] Dargestellt ist der erfolgsabhängige Teil der Jahressondervergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2008.

[2] Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 108 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- bzw. Pflegeversicherung erhalten hat.

[3] Herr Uwe Kruschinski ist zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Die Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 9 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr **2007** folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands **in T€**	**Jahresvergütung**		**Sonstige Vergütungen** [2]	**Gesamt**
	Erfolgsunabhängige Vergütung	**Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2006** [1]		
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB)	1.068	675	26	1.769
davon nicht ruhegehaltsfähig	*521*			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	689	350	33	1.072
davon nicht ruhegehaltsfähig	*300*			
Serge Demolière (LBB)	986	270	34	1.290
davon nicht ruhegehaltsfähig	*489*			
Dr. Johannes Evers (LBB)	627	300	46	973
davon nicht ruhegehaltsfähig	*246*			
Uwe Kruschinski [3] (LBB)	331	185	17	533
davon nicht ruhegehaltsfähig	*150*			
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	627	245	45	917
davon nicht ruhegehaltsfähig	*246*			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	38	942
davon nicht ruhegehaltsfähig	*290*			
Vergütungsaufwand 2007 Gesamt (LBB)	**4.932**	**2.325**	**239**	**7.496**

[1] Dargestellt ist der erfolgsabhängige Teil der Jahressondervergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2006, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2006 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2007.

[2] Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 116 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 119 T€, daneben wurden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- bzw. Pflegeversicherung erhalten hat.

[3] Herr Uwe Kruschinski ist zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Die Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 9 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Gesamtbezüge von Aufsichtsratsmitgliedern der Holding für die Tätigkeit in Aufsichtsräten im Konzern der LBB:

Mitglieder des Aufsichtsrats	**Jahresvergütung**	
	Konzern LBB	
in T€	**2008**	**2007**
Dr. h. c. Klaus G. Adam [1)]	-	24
Heinrich Haasis [2)]	36	11
Bärbel Wulff	29	29
Dr. h. c. Axel Berger [1)]	-	17
Dietmar P. Binkowska [2) 3)]	16	6
Gregor Böhmer [2)]	17	5
Dr. Michael Endres [1)]	-	12
Christina Förster	11	11
Artur Grzesiek [4)]	2	-
Dr. Thomas Guth [1)]	-	7
Sascha Händler	11	11
Jürgen Hilse [2)]	11	3
Claus Friedrich Holtmann [2)]	17	5
Michael Jänichen	23	18
Daniel Kasteel	11	11
Thomas Mang [2)]	17	5
Astrid Maurer	11	11
Andreas Rohde	11	11
Senator Dr. Thilo Sarrazin [5)]	-	11
Peter Schneider [2)]	11	3
Dr. Heinz-Gerd Stein [1)]	-	11
Dr. Harald Vogelsang [2)]	17	5
Frank Wolf	17	16
Senator Harald Wolf [5)]	-	7
Bernd Wrede [1)]	-	11
Summe	**268**	**262**
zuzügl. USt	42	40
Gesamtaufwand	**310**	**302**

[1)] Mitglied bis 31. August 2007

[2)] Mitglied seit 1. September 2007

[3)] Mitglied bis 21. November 2008

[4)] Mitglied seit 24. November 2008

[5)] Mitglied bis 28. August 2007

65 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2008	2007
Vollzeit	5.117	5.117
Teilzeit	1.325	1.348
Auszubildende	261	208
Gesamt	**6.703**	**6.673**

66 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2008

Für die Ermittlung des Fair Value zahlreicher Finanzinstrumente wurde zum 31. Dezember 2008 auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen, da es aufgrund der extremen Marktsituation, die wesentlich durch nicht aktive Märkte gekennzeichnet ist, in diesen Fällen faktisch unmöglich war, den Fair Value aufgrund von notierten Preisen beziehungsweise anhand von Schätzungen auf Basis von jüngsten Transaktionen oder aktuell verfügbaren Marktkursen zu bestimmen. Weitestgehend und soweit verfügbar wurden beobachtbare Marktdaten verwendet.

Unsere Einschätzung zur vorliegenden besonderen Marktsituation, die dominiert war durch stark nachlassende Handelsaktivitäten, teils sogar durch völlige Umsatzlosigkeit sowie eine gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, ist unverändert. Trotz erkennbar erhöhter Aktivitäten am Primärmarkt sind die Finanzmärkte unverändert gestört. Wir sehen ein immer noch geringes Marktvolumen am Sekundärmarkt, eine hohe Geld-Brief-Spanne, eine geringe Bereitschaft zur Durchführung von tatsächlichen Transaktionen und Quotierungen verschiedener Anbieter, die teils stark voneinander abweichen und in sich widersprüchlich waren. Dies lässt keine beziehungsweise lediglich indikative Preisnotierungen erkennen. Die Märkte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die bisher beobachtbaren Emissionsaktivitäten, sind zudem stark von staatlichen Rettungsmaßnahmen geprägt, die nur zu begrenzten Markteinschätzungen herangezogen werden können.

Der mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 erfolgte Verkauf des Privatkundengeschäfts der Luxemburger Tochtergesellschaft Landesbank Berlin International S.A. wurde im Januar 2009 durch Erhalt der Kaufpreiszahlung und Übertragung der Vermögenswerte und Verpflichtungen abgeschlossen.

67 Anteilsbesitzliste

	Gesellschaft, Sitz	Patronatserklärung	Anteile im Konzernbesitz insgesamt in %	davon mittelbar in %	Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital (2) in TEUR	Ergebnis (2) in TEUR	vom 31.12.2008 abweichender Jahresabschluss
	Konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)							
1.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin, (5)		100,0	0,0	100,0	**-4.784**	**2.434**	
2.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin, (1), (5)		100,0	100,0	100,0	**700**	**-5**	
3.	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin, (5)	(P)	90,4	0,0	90,4	**547.060**	**46.228**	
4.	Crown Court I LLC, Wilmington/Delaware, (5), (16)		100,0	0,0	100,0	**-141.969**	**-135.247**	
5.	Crown Court Property London Ltd., London, (5), (17)		100,0	100,0	100,0	**16.183**	**216**	
6.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin, (5), (6)		48,5	48,5	48,5	**-50.459**	**-44**	
7.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin, (1), (5)		100,0	0,0	100,0	**34.707**	**807**	
8.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin, (5)		100,0	100,0	100,0	**5.093**	**1.169**	
9.	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin, (1), (5)		94,9	0,0	94,9	**6.158**	**-412**	
10.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin, (5)		76,5	67,2	76,1	**-21.539**	**-1.376**	
11.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin, (5)		99,9	0,0	99,9	**-8.087**	**-297**	
12.	Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin, (5)		95,0	90,0	95,0	**16.450**	**450**	
13.	Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, (5)	(P)	100,0	0,0	100,0	**129.333**	**-17.325**	
14.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin, (5)		100,0	0,0	100,0	**1.319**	**72**	
15.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin, (1), (5)		100,0	0,0	100,0	**5.865**	**-159**	
16.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin, (1), (5)		100,0	0,0	100,0	**1.103**	**0**	
17.	LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg, (5)		100,0	0,0	100,0	**4.462**	**1.462**	
18.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg, (5)		75,0	0,0	75,0	**28.742**	**-4.787**	
19.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin, (1), (5)		100,0	0,0	100,0	**960**	**-6**	
	SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds - **konsolidiert - (IAS 27 i. V. m. SIC 12)**							
20.	Check Point Charlie Ltd., London, (5)		0,0	0,0	0,0	**257**	**-467**	
21.	Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., London, (5)		0,0	0,0	0,0	**-7.468**	**-4.970**	
22.	Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., London, (5)		0,0	0,0	0,0	**-31.938**	**-26.789**	
23.	Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., London, (5)		0,0	0,0	0,0	**-14.668**	**-12.987**	
24.	Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., London, (5)		0,0	0,0	0,0	**-3.901**	**-1.795**	
25.	RR II R-11004, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)		0,0	0,0	0,0			
26.	RR II R-11014, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)		0,0	0,0	0,0			
27.	RR II R-11017, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)		0,0	0,0	0,0			
28.	RR II R-11056, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)		0,0	0,0	0,0			
29.	RR II R-11057, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)		0,0	0,0	0,0			
30.	RR II R-11063, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)		0,0	0,0	0,0			

31.	RR II R-11064, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
32.	RR II R-11066, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
33.	RR II R-11072, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
34.	RR II R-11075, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
35.	RR II R-11077, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
36.	RR II R-11080, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
37.	RR II R-11082, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
38.	RR II R-11085, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
39.	RR II R-11087, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
40.	RR II R-11133, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
41.	RR II R-11140, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
42.	RR II R-11144, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
43.	RR II R-11145, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
44.	RR II R-11148, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
45.	RR II R-11157, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
46.	RR II R-11161, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
47.	RR II R-11163, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
48.	RR II R-11172, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
49.	RR II R-11176, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
50.	RR II R-11184, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
51.	RR II R-11189, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
52.	RR II R-11227, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
53.	RR II R-11231, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
54.	RR II R-11232, City of Wilmington/Delaware (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
55.	RR II R-11247, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
56.	RR II R-11249, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
57.	RR II R-11251, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
58.	RR II R-11253, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
59.	RR II R-11254, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
60.	RR II R-11262, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
61.	RR II R-11263, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
62.	RR II R-11264, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
63.	RR II R-11265, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
64.	RR II R-11266, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
65.	RR II R-11270, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
66.	RR II R-11277, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
67.	RR II R-11280, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
68.	RR II R-11281, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
69.	RR II R-11282, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
70.	RR II R-11285, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
71.	RR II R-11288, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
72.	RR II R-11289, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
73.	RR II R-11290, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
74.	RR II R-11291, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
75.	RR II R-11292, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
76.	RR II R-11295, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
77.	RR II R-11297, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
78.	RR II R-11298, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
79.	RR II R-11300, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
80.	RR II R-11301, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
81.	RR II R-11302, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		
82.	RR II R-11303, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0		

83.	RR II R-11304, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0			
84.	RR II R-11305, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0			
85.	RR II R-11306, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0			
86.	RR II R-11308, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0			
87.	RR II R-11310, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0			
88.	RR II R-817, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0			
89.	RR II R-846, City of Wilmington/Delaware, (5), (14)	0,0	0,0	0,0			

SIC-12-Gesellschaften **/ Spezialfonds - konsolidiert - (IAS 27 i. V. m. SIC 12)**

90.	ABN AMRO EMMA INKA, Düsseldorf, (5)	100,0	0,0	0,0	**34.869**	**1.307**	
91.	BB-TBG-Fonds, Berlin, (5)	100,0	84,8	0,0	**81.621**	**158**	
92.	dbi Pimco Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main, (5)	100,0	45,0	0,0	**85.525**	**-1.370**	
93.	DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main, (5)	100,0	0,0	0,0	**90.148**	**-7.727**	
94.	DEKA - ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main, (5)	100,0	0,0	0,0	**59.435**	**-14.033**	
95.	GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf, (5)	100,0	45,0	0,0	**84.596**	**-3.209**	
96.	LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf, (5)	100,0	30,0	0,0	**57.865**	**-36.892**	
97.	LBB-nb 08-Fonds, Berlin, (5)	100,0	100,0	0,0	**83.065**	**1.495**	
98.	LBB Prisma Unit Trust, Georgetown/Kaiman-Inseln, (5)	100,0	0,0	0,0	**117.601**	**-23.501**	
99.	UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria, (5)	100,0	0,0	0,0	**12.586**	**-17.473**	
100.	WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf, (5)	100,0	0,0	0,0	**78.870**	**-2.050**	

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)

101.	Babefi-Holding GmbH i. L., Berlin	100,0	0,0	100,0	**72**	**6**	29.06.2007
102.	Bankenservice AO i. L., Moskau	100,0	100,0	100,0	**k. A.**	**k. A.**	31.12.2007
103.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, (1)	94,9	0,0	94,9	**51**	**0**	31.12.2007
104.	BB-Leasing GmbH, Berlin	100,0	0,0	100,0	**2.326**	**537**	31.12.2007
105.	DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	100,0	0,0	100,0	**104**	**1**	31.12.2007
106.	egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	**-1.677**	**-500**	31.12.2006
107.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	**425**	**-2**	31.12.2006
108.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	**-418**	**-444**	31.12.2006
109.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking, (6)	94,0	94,0	50,0	**14**	**1**	31.12.2006
110.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin, (6)	49,0	49,0	49,0	**3**	**-1**	01.01.2008
111.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH (ehemals: Bavaria Vertriebs GmbH), Berlin	100,0	100,0	100,0	**100**	**0**	31.12.2007
112.	GfBI Group Services GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	**272**	**17**	31.12.2007
113.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin	60,2	0,0	60,2	**3.833**	**179**	31.12.2007
114.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, München	78,1	78,1	78,1	**61**	**-518**	31.12.2007
115.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin, (1)	100,0	100,0	100,0	**26**	**0**	31.12.2007
116.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking, (5)	92,5	0,0	92,5	**0**	**24.529**	
117.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	**20**	**-1**	31.12.2007
118.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	0,0	100,0	**128**	**-8**	31.12.2007

119.	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, (1)	100,0	0,0	100,0	**2.275**	**0**	31.12.2007
120.	LBB Reinsurance Ltd. i. L., Dublin, (5)	100,0	0,0	100,0	**0**	**569**	
121.	MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München	94,0	0,0	55,3	**24**	**-1**	31.12.2007
122.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	**164**	**122**	31.12.2007
123.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	**83**	**-809**	31.12.2007

SIC-12-Gesellschaften, Spezial- und Publikumsfonds - nicht konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)

124.	Bavaria Immobilien Development GmbH & Co. Public Golf Wilkendorf KG, Berlin, (4)	0,0	0,0	0,0	**0**	**-125**	31.12.2007
125.	Bavaria Immobilien Development GmbH & Co. Sandy-Lyle Wilkendorf KG, Berlin, (4)	0,0	0,0	0,0	**0**	**-712**	31.12.2007
126.	Check Point Charlie Inc., London,	0,0	0,0	0,0	**0**	**-17**	31.12.2007
127.	Portfolio Purchasing Company RT1 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	**0**	**0**	31.12.2007
128.	Portfolio Purchasing Company RT2 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	**0**	**0**	31.12.2007
129.	Portfolio Purchasing Company RT3 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	**0**	**0**	31.12.2007
130.	Portfolio Purchasing Company RT4 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	**0**	**0**	31.12.2007
131.	PPC Holdings Ltd., London	0,0	0,0	0,0	**25**	**20**	31.12.2007
132.	Starts (Ireland) PLC Series 2005-8, Ireland	0,0	0,0	0,0	**k. A.**	**k. A.**	
133.	Starts (Ireland) PLC Series 2007-11, Ireland	0,0	0,0	0,0	**k. A.**	**k. A.**	

Joint Ventures (IAS 31) - bewertet -

134.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin	45,0	0,0	45,0	**2.542**	**265**	31.12.2006

Joint Ventures (IAS 31) - nicht bewertet -

135.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	45,0	0,0	45,0	**28**	**1**	31.12.2007
136.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover	50,0	0,0	50,0	**1.122**	**-30**	31.12.2007
137.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	0,0	50,0	**81**	**-42**	31.12.2007
138.	GbR TOCOTAX	0,0	0,0	33,3	**0**	**-140**	31.12.2007
139.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkaue, Berlin	50,0	50,0	50,0	**-2.485**	**-310**	31.12.2007
140.	KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München, (3)	33,0	33,0	33,0	**26**	**1**	
141.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover	0,0	0,0	50,0	**228**	**36**	31.12.2007

Assoziierte Unternehmen (IAS 28) - bewertet -

142.	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover, (7)	12,0	0,0	12,0	**310.770**	**13.600**	31.12.2007
143.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum	42,4	0,0	42,4	**229**	**459**	31.12.2007

SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds - assoziiert (IAS 28) - bewertet -

144.	FlexBond-Plus-INVEST, Berlin, (5)	77,4	0,0	0,0	**18.676**	**-435**	

145.	Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin (5)	76,6	0,0	0,0	**57.323**	**-7.073**	
146.	LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin	17,3	0,0	0,0	**0**	**6.623**	
147.	VermögensStruktur Chance Inhaber-Anteile, Berlin, (5)	87,4	0,0	0,0	**33.162**	**-2.642**	
148.	VermögensStruktur Wachstum Inhaber-Anteile, Berlin	49,4	0,0	0,0	**40.058**	**0**	30.6.2008

Assoziierte Unternehmen (IAS 28) - nicht bewertet -

149.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin	47,5	47,5	47,5	**35.332**	**2.382**	31.12.2007
150.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	**67**	**4**	31.12.2007
151.	Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main, (3), (13)	25,1	0,0	25,1	**9.889**	**0**	31.12.2007
152.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	0,0	25,1	**12.435**	**3.630**	30.09.2007
153.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	0,0	21,8	**8.194**	**408**	31.12.2007
154.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Dritter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin, (8)	100,0	100,0	100,0	**-1**	**-64**	31.12.2006
155.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin	49,0	49,0	49,0	**-112**	**1945**	31.12.2007
156.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	0,0	20,0	**26**	**0**	31.12.2007
157.	InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam, (3), (7), (15)	25,0	0,0	14,3	**189.315**	**5.495**	31.12.2007
158.	Modernisierungsgesellschaft "Wohnen in Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 67" GbR, Berlin	30,9	0.	30,9	**k. A.**	**k. A.**	31.12.2007
159.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	**0**	**0**	31.12.2005
160.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin, (3)	26,8	26,8	26,8	**37.866**	**-1.635**	31.12.2006
161.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	0,0	36,3	**-3.346**	**140**	31.12.2007

Beteiligungen von mindestens 20 v. H.

162.	Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, (8), (9)	94,0	94,0	94,0	**1861**	**-28**	31.12.2007
163.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin, (8), (9)	94,0	94,0	94,0	**-2.494**	**2.030**	31.12.2005
164.	Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin, (9)	47,6	47,6	47,6	**72**	**9**	31.12.2007
165.	Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz, (10)	60,0	60,0	60,0	**-9**	**0**	31.12.2007
166.	Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz, (10)	70,0	70,0	70,0	**-84.324**	**2**	31.12.2007
167.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin, (8), (9)	100,0	100,0	100,0	**5**	**863**	31.12.2007
168.	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg, (8), (9)	75,0	75,0	75,0	**33**	**2**	31.12.2006
169.	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg, (8), (9)	75,0	75,0	75,0	**602**	**-597**	31.12.2006

SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H.

170.	E.I. Cap.-Welt-Kasko 100 PlusZins II, Luxemburg, (11), (12)	75,1	0,0	0,0	**37.815**	**229**	31.07.2008
171.	E.I. Cap.-Welt-Kasko 95 Top Level, Luxemburg, (11), (12)	71,9	0,0	0,0	**15.885**	**0**	31.07.2008
172.	Magna Africa Fund, London, (11), (12)	32,4	0,0	0,0	**150.909**	**15.144**	31.12.2007
173.	OP Extra Bond Euro - hedged, Köln, (11)	22,3	0,0	0,0	**299.809**	**12.941**	31.12.2007
174.	S.A.M. Global II, Graz, Austria, (11), (12)	66,2	0,0	0,0	**75.222**	**2.570**	30.09.2007
175.	S.A.M. Vermögensverwaltung Global, Graz Austria, (11), (12)	58,1	0,0	0,0	**16.841**	**1.439**	30.09.2007

(P): Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG, siehe auch Note 60.

(1) Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

(2) Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet.

(3) Zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5).

(4) Vorläufige Jahresabschlusszahlen per 31.12.2007

(5) IFRS-Konsolidierungsdaten.

(6) Tochterunternehmen wegen Beherrschung durch die Möglichkeit der Bestimmung der Finanz- und Geschäftspolitik und/oder Organbestellungsrecht (IAS 27.13) bzw. Mehrheit der Chancen und Risiken (SIC 12.10).

(7) Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung bzw. durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7).

(8) Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung).

(9) Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme - Widerlegung IAS 28.7) bzw. Vermittlung über nicht konsolidiertes TU.

(10) Kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt.

(11) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.

(12) Es handelt sich um Publikumsfonds, die auflegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung bzw. maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

(13) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungsvertrag zu konzernfremdem Mehrheitsgesellschafter.

(14) Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum "Tender Option Program" der Crown Court I LLC; TOB gesamt in T€: Eigenkapital -68.989; Jahresüberschuss/-fehlbetrag: 116.600.

(15) Die Beteiligung wurde zum 31.12.2005 gekündigt; eine Feststellungsklage ist anhängig, die Entscheidung steht noch aus.

EZB-Kurse zum 31.12.2008

(16) 1 EUR = 1,39170 USD

(17) 1 EUR = 0,95250 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

	Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnis-abführung in TEUR	vom 31.12.2008 abweichender Jahresab-schluss
1.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	Landesbank Berlin AG	**417**	31.12.2007
2.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin	Landesbank Berlin AG	**-9.644**	31.12.2007
3.	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin	Landesbank Berlin AG	**-2.323**	31.12.2007
4.	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin	Landesbank Berlin AG	**-621**	31.12.2007
5.	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	**28.177**	31.12.2007
6.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin	Landesbank Berlin AG	**466**	31.12.2007
7.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin, (2)	Landesbank Berlin AG	**190**	31.12.2007
8.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landes-bank Berlin	Landesbank Berlin AG	**613**	31.12.2007

Weitere Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit Konzerngesellschaften der Landesbank Berlin AG

Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Akti-engesellschaft, Berlin	**29**	31.12.2007
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	**156**	31.12.2007

(1) EAV zum Ablauf des 31.12.2008 gekündigt

(2) Jahresüberschuss; aufgrund des bestehenden Verlustvortrages erfolgt keine Ergebnisabführung an die LBB AG.

Bestätigungsvermerk

„Wir haben den von der Landesbank Berlin AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt

unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Berlin, 5. März 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Günter Borgel)	(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Gemäß § 16 Absatz 3 des Wertpapierprospektgesetzes können Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung der unter dem Basisprospekt vom 22. Juli 2008 begebenen Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, diese innerhalb von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags durch eine Erklärung gegenüber der Landesbank Berlin AG widerrufen, sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist.

Berlin, den 2. April 2009

Landesbank Berlin AG

(Claudia Fritze) (Gerald Klein)